Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 50 | **Berlin, den 13. Dezember 1930** | **5. Jahrgang**

Rascher Lohnabbau — Bedachtsame Preissenkung

Die mit dem Berliner Metallschiedsspruch eingeleitete, großzügige Lohnsenkungsaktion versetzte die Arbeitgeberverbände Deutschlands in eine rührige Tätigkeit. Die Syndizis sind in ihrem Element und haben die Hände voll zu tun, um die Tarifkündigungen rasch genug herauszubringen. Manchmal werden die Kündigungstermine gar nicht abgewartet. Das geschieht, um die Oeffentlichkeit zu beeinflussen, um Stimmung zu machen, um den allgemeinen Lohndruck zu verschärfen.

Und die Schlichtungsstellen des Reichsarbeitsministeriums sind eifrig bemüht, den zentralen Wünschen zugunsten der Unternehmer Rechnung zu tragen. Lohnabbauschiedssprüche sind an der Tagesordnung. Verbindlichkeitserklärungen werden im Eiltempo ermöglicht. Wer bisher der Meinung war, amtliche Stellen arbeiteten, ähnlich wie Gottesmühlen, langsam, wird anders belehrt. Es flutscht nur so, wenn es gilt Arbeitererrungenschaften zu schmälern. Das Reichsarbeitsministerium riet seinem Verantwortlichen, Stegerwald, sogar dazu, eine ausgesprochene Allgemeinverbindlichkeitserklärung für den Berliner Kartoffelgroßhandel außer Kraft zu setzen, damit der Lohnabbau einsetzen kann. Diese amtliche Außerkraftsetzung eines laufenden Vertrages verursachte allgemeines Kopfschütteln und Erregung und wird dem RAM. noch manchesmal um die Ohren gehauen werden müssen. Daraus geht hervor, daß im Reichsarbeitsministerium böse Geister am Werke sind.

Die Reichsregierung war bei ihrem Vorgehen der Ansicht, mit dem Lohnabbau auch einen Preisabbau in die Wege leiten zu können. Es schien auch so, als hätte sie bei ihren Preissenkungsbestrebungen Erfolg, aber es stellte sich sehr schnell heraus, daß die in der Regierung vertretene Wirtschaftspartei den Regierungsbestrebungen, die Preissenkung zu beeinflussen, entgegenarbeitete. Die Wirtschaftspartei fühlt sich als das Zünglein an der Wage und versucht, ihre Stellung für ihre Anhänger genau so klingend auszunützen wie Schiele, der Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung, für die Großagrarier. Die Wirtschaftsparteiler machen in der Regierung nur mit, wenn sie Vorteile für ihre mittelständlerischen Wähler herausholen können. Sie machten richtiges Theater, reichten ein Mißtrauensvotum gegen die Brüning-Regierung ein und haben nur das Bestreben, mit politischen Mitteln dem Hausbesitz, Handwerk und Gewerbe Hunderte von Millionen Reichsmark zuzuschanzen, in einer Zeit, in der es dem arbeitenden Volke und dem Staate sehr schlecht geht.

Infolge der Haltung der Wirtschaftspartei und der Schieleschen Zollpolitik kam die Preissenkung nicht recht vorwärts. In Berlin hielt die Milchpreissenkung gerade einige Tage an, dann war der alte Preis wieder da. Dessenungeachtet darf die Bevölkerung keineswegs mit dem Verlangen, die Preise müssen herunter, aufhören. Nun erst recht muß sie fordern, daß die Preise herabgesetzt werden; denn es geht nicht an, die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten amtlich zu kürzen und den Preisstand dem guten Willen der Produzenten und Zwischenhändler zu überlassen, die ihre Wirtschaftsfunktion nur unter dem Gesichtspunkt ausüben: Bleibt unser fetter Profit gewahrt? Ist er auch bei zurückgehendem Absatz in wirtschaftlichen Notzeiten noch in der alten Höhe gesichert? Wenn die arbeitende Bevölkerung teilnahmslos zusehen würde, wie sie geschröpft wird, wenn sie alles stillschweigend hinnehmen würde, dann käme sie dabei unter den Schlitten; denn sie müßte dann den Lohnabbau ohne Preisherabsetzung hinnehmen und schließlich gar noch Preiserhöhungen tragen. Steuererhöhungen sind ihr von der Regierung und den Gemeinden bezw. Staatskommissaren in reichlichem Maße aufgehalst worden.

Die Abwehr ist eine strikte Notwendigkeit, eine strenge Pflicht. In der Betätigung in der Richtung der Preissenkung kann die Oeffentlichkeit alle erlaubten Machtmittel anwenden, sie muß sie sogar anwenden; denn die Regierung macht keine Gesetze, um den Wirtschaftsübeln beizukommen; ihr Kampf gilt nicht den besitzenden Schichten, sondern den nicht besitzenden Arbeitern, Angestellten und Beamten. Diese Tendenz ist ja auch in den Notverordnungen enthalten. Nicht einmal gegen die Kartellpreise wagt die Regierung vorzugehen, trotzdem sie dazu Handhaben hätte, dabei zeigen die gebundenen Preise noch eine Höhe, die ein Vorgehen geradezu notwendig machen. Die Kartelle haben vielfach eine Monopolstellung inne, sie errichteten mächtige starke Preisschutzmauern, die nun berannt werden müssen. Das ist nicht gerade leicht, aber bei einigermaßen organisiertem Vorgehen läßt sich manche Bresche schlagen.

Wie mächtig die Preisschutzgebilde sind, wie stark sie ihre Preise zu halten versuchen, und welcher Mittel sie sich bedienen, mag aus folgendem Vorgang zu ersehen sein. Ein Zigarettenhändler in Berlin wollte seinen ungenügenden Absatz steigern und gab seine Zigaretten um einen billigeren Preis ab. Er verzichtete freiwillig auf mehrere Prozent seines garantierten Händlergewinnes. Sein Geschäft hob sich, er hatte trotz Verzichts einen höheren Gewinn am gesteigerten Absatz. Da kam das Kartell dahinter, verklagte ihn, setzte seine Verurteilung durch. Da er eine Geldstrafe nicht bezahlen konnte, kam er ins Gefängnis. Infolge Krankheit wurde seine Strafe ausgesetzt und als er sich auf der Straße sehen ließ, veranlaßte das Preisschutzgebilde seine Verhaftung. Der Mann wurde buchstäblich gehetzt und mit Gefängnis bestraft, nur deshalb, weil er die Preise verbilligte, indem er auf einen Teil seines garantierten Zwischengewinnes Verzicht leistete. Die Gesetze sehen das vor, und kein Mensch, kaum der Reichsjustizminister, kann dem Mann helfen. Solche Widersinnigkeiten stehen dem Preisabbau entgegen, und das hält die Reichsregierung ganz in der Ordnung. Die Kartelle sind also eine größere Macht als der Staat, ihre Bindungen, so widersinnig sie sich auch auswirken, setzen sich über alle Vernunftgründe hinweg, und die Staatsgewalt muß ihnen noch Hilfe leisten. Das alles geschieht unter der von der Reichsregierung eingeleiteten Preissenkungsaktion.

Die Arbeiterschaft muß aus den ganzen Vorgängen lernen, daß sie sich nicht auf die Hilfe des Staates verlassen kann, sondern sich selbst helfen muß. Die Selbsthilfe gewähren nur große, festgefügte, mächtige Organisationen, wie sie die Gewerkschaften darstellen. Wären diese noch einmal so stark, als sie jetzt sind, wäre keine Reichsregierung und keine Unternehmermacht in der Lage, zwölf bis dreizehn Millionen organisierten Menschen ihren Willen aufzuzwingen. Darum ist es notwendig, gerade in Zeiten äußerster Bedrängnis die Arbeiterschaft auf diese Selbstverständlichkeiten hinzuweisen, die nicht immer die genügende Beachtung finden.

Nicht neue Organisationen, die sinnlose Kämpfe unter den verschiedensten Parolen anzetteln und aus denen nur Niederlagen für die Arbeiterschaft entstehen, können uns vorwärtsbringen. Auch die vielversprechenden Nationalsozialisten bringen der arbeitenden Bevölkerung nicht das Heil; denn ihr Vorbild Mussolini senkte in Italien auch die Löhne und Gehälter und benachteiligte die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Das ist ein Zeichen, daß auch Faschisten wirtschaftliche Nöte nicht mittels brutalster Gewalt, angewandt bei politisch Andersdenkenden, bannen können. Drum geht auf Versprechungen nichts! Nur starke freie Gewerkschaften sind eine reale Macht und der einzige Rückhalt für die Arbeiterschaft. Das haben besonders die letzten acht Jahre gezeigt, und das zu begreifen, sollte nicht schwer sein.

Solange aber die gesamte deutsche Arbeiterschaft das nicht einsieht und begreift, kann sie sich in so schweren Krisenzeiten wie gegenwärtig nicht so energisch und so erfolgreich gegen den Lohnabbau wehren, wie das im anderen Falle möglich wäre. Auch die Preissenkung ginge dann etwas rascher und vor allem fühlbarer vonstatten, wenn eine noch wuchtigere geschlossenere Gewerkschaftsorganisation die wirtschaftlichen und politischen Geschicke Deutschlands beeinflussen würde.

Das lehren die bisherigen Erfahrungen.
Das bleibt ewige Wahrheit.

Notverordnung und Wirtschaftskrise.

Der 1. Dezember 1930 wird in der Geschichte der deutschen Republik eine besondere Bedeutung für alle Zeiten behalten. An diesem Tage hat der Reichspräsident nicht weniger als 25 Gesetze auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt. Der Reichstag stand also bei seinem Zusammentritt am 3. Dezember vor einer vollendeten Tatsache. In einem parlamentarischen Staat ist ein solcher Schritt ganz ungewöhnlich. Die Regierung bewegt sich auf der Grenze der Vergewaltigung der verfassungsmäßigen Grundlagen. Wohl haben vor der endgültigen Formulierung der in Kraft getretenen Gesetze umfangreiche Verhandlungen mit den Fraktionsführern, ferner im Haushaltsausschuß des Reichstages und im Reichsrat stattgefunden. Der Reichsrat hat nach langen Beratungen die von der Regierung Brüning entworfenen Notgesetze teilweise abgeändert und zum Schluß einstimmig gebilligt. Aber die Regierung hat nicht, wie es die Verfassung vorschreibt, die verordneten Gesetze der gewählten Volksvertretung unterbreitet. Dieser außergewöhnliche Schritt wird damit motiviert, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages die Annahme der Gesetze keineswegs verbürgt habe. Wir befinden uns also in einem Zustand, wo auf legalem Wege eine Regierung diktatorisch zu herrschen sich anschickt. Obwohl die großen verfassungsrechtlichen Bedenken genau wie bei der alten Notverordnung verstärkt ins Feld geführt werden können, so müssen wir uns aber mit den einmal gegebenen Dingen abfinden.

„Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" nennt man den Akt, den der Reichspräsident mit seiner Unterschrift am 1. Dezember vollzogen hat. Letzten Endes soll sie dazu dienen, den Kredit des Reiches nach innen und außen zu festigen und die Wirtschaftskrise zu mildern. Der gegenwärtig bestehende äußerst labile Zustand, in dem sich die deutsche Wirtschaft als Ganzes bewegt, soll damit beseitigt und um allseitiges Vertrauen in den Aufstieg Deutschlands geworben werden. Auf diese psychologische Wirkung wird seitens der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien und Interessengruppen das größte Gewicht gelegt. Man erblickt in der Unordnung der Reichsfinanzen das stärkste Moment des krisenhaften Zustandes der Wirtschaft. Wenn dadurch die schwierigen Aufgaben, die dieser Winter den öffentlichen Körperschaften bereitet, besser überwunden und die Wirtschaftskrise gemildert werden könnte, so wäre damit viel erreicht. Ja, man kann der Regierung auch darin zustimmen, daß sie den außergewöhnlichen Weg über den Artikel 48 beschritten hat. Wenn eine Volksvertretung besteht, die infolge ihrer Zusammensetzung nicht arbeitsfähig ist, dann muß ohne sie das geschaffen werden, was notwendig ist. Es kommt nur darauf an, welchen Inhalt die Notverordnung hat. Deshalb wollen wir den Versuch machen, die wichtigsten Grundzüge der 25 Gesetze herauszuschälen.

Die Notverordnung besteht im wesentlichen aus drei Teilen. Zunächst enthält sie auf Grund der Erfahrungen gewisse Abänderungen der Notverordnung vom 26. Juli d. J. Geändert wird insbesondere die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Bezüglich der Sanierung der Gemeindefinanzen werden die ursprünglichen Bestimmungen ebenfalls abgeändert. Die neue Notverordnung umfaßt ferner den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung bezgl. der Steueränderungen des Finanzausgleichs, der Wohnungswirtschaft, der Landwirtschaft usw. An dieser Stelle wollen wir hauptsächlich die Aenderungen erwähnen, die die Sozialgesetze erfahren haben. Das sind vor allem die

Aenderungen der Krankenversicherung, die wie folgt eintreten sollen: 1. Die **Arzneigebühr** wird völlig aufgehoben: a) sofern die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger als zehn Tage dauert; b) für sämtliche Arbeitslose; c) für alle Personen, die aus der Invaliden-, Angestelltenversicherung und Unfallversicherung Rente oder Ruhegehalt beziehen; d) das gleiche gilt für Schwerbeschädigte; e) für Tuberkulose und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge eine Bescheinigung beibringen. 2. Für die **Krankenscheingebühr** gelten dieselben Freibestimmungen wie für die Arzneigebühr. Außerdem kann der Krankenschein nachher geholt werden, insbesondere bei Unfällen oder in dringenden Fällen. 3. Bei Lohn- und Gehaltsempfängern, die neben dem Krankengeld ihr volles Gehalt beziehen, muß künftig der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt werden. Außerdem kann das Krankengeld erhöht werden. 4. Das Hausgeld war durch die Notverordnung auf die Hälfte gekürzt worden. Jetzt wird den Krankenkassen das Recht gegeben, das Hausgeld allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes zu erhöhen.

Die Arbeitslosenversicherung erhält folgende **Aenderungen:** 1. den Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren soll der ihnen durch die Notverordnung genommene Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung wiedergegeben werden. 2. Der § 105a der Arbeitslosenversicherung, wonach die Unterstützungssätze bei einer unter 52 Wochen liegenden Anwartschaft gekürzt werden, wird dadurch verbessert, daß der Berechnungszeitraum von achtzehn Monaten auf 24 Monate ausgedehnt wird. 3. In Fällen, in denen die dem Versicherten ordnungsmäßig abgezogenen Beiträge durch die Unternehmer nicht abgeführt worden sind, muß trotzdem dem Versicherten die Unterstützung in voller Höhe gewährt werden.

Zweifellos sind die Gesetze über die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung in vielen Punkten verbessert worden. Dadurch wurde das Unrecht, welches den Kranken und Arbeitslosen durch die alte Notverordnung zugefügt wurde, zum Teil wieder gutgemacht. Diese Verbesserungen sind hauptsächlich den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei zu danken. Es gelang ferner, der berüchtigten Bürgersteuer die Giftzähne auszubrechen. Steuerfrei sollen sein: Aeltere Familienangehörige, Arbeitslose, Kriegsbeschädigte und Sozialrentner. Die Bürgersteuer soll gestaffelt werden. Für Einkommen unter 1200 RM gilt der Satz von 3 RM. Bei höheren Einkommen wurde sie wesentlich verschärft. Die Verbesserungen in den wichtigsten Gesetzen sind ohne weiteres anzuerkennen, wenn die Forderungen der Arbeiterschaft in dieser Beziehung auch noch wesentlich weiter gehen. An die übrigen Gesetze, die durch die Notverordnung neu geschaffen und verändert werden, wollen wir nicht weiter eingehen.

Mit der Notverordnung soll eine Beruhigung der deutschen Wirtschaft und die Gesundung der Reichsfinanzen erreicht werden. Zur Beruhigung und Stabilisierung der Wirtschaft gehört auch das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Heftige soziale Kämpfe werden gegenwärtig zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft ausgetragen. Es geht vor allem um den Abbau der Löhne und Gehälter. Der derzeitige Reichsarbeitsminister ist an diesen heftigen sozialen Kämpfen nicht unschuldig. Er hat den Schlichtern die Anweisung gegeben, die Löhne zu senken, und hat die so gefällten Schiedssprüche für verbindlich erklärt. Das war das Signal für die Unternehmer, auf der ganzen Linie die Löhne und Gehälter abzubauen. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, durch eine Preissenkungsaktion die Lohnsenkungen zu einem Teil auszugleichen. Wenn wir uns jetzt fragen, was durch die Preissenkungsaktion bisher erreicht ist, so können nur äußerst geringfügige Ansätze festgestellt werden. Die Löhne sind vielfach um 4 bis 8 v. H. abgebaut worden. Die Preissenkung macht nur einen ganz geringen Prozentsatz aus. Teilweise sind die Preise bereits wieder in die Höhe gegangen. Es müßte an die Regierung das Verlangen gestellt werden, daß mit dem Inkrafttreten der Notverordnung jeder Lohn- und Gehaltsabbau solange zu unterbleiben hat, bis eine fühlbare Preissenkung auf allen Gebieten erfolgt ist. Kann die Regierung ein solches Versprechen nicht geben, dann mag sie sehen, wie sie die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden vermag. Wenn durch die Notverordnung Beruhigung und Vertrauen für die Wirtschaft geschaffen werden soll, ist dies ein Ding der Unmöglichkeit, sofern die Kämpfe um Lohn und Brot mit dieser Heftigkeit noch weiter ausgetragen werden sollen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls das Verlangen stellen, Schluß zu machen mit dieser Herabsetzung des Lebensstandards. Die Preissenkung hat sich als ein Schwindel erwiesen. Dagegen sind Lohnsenkungen zur Tatsache geworden. Das muß aufhören. Die Regierung muß das den Lohn- und Gehaltsempfängern zugefügte Unrecht wieder gut machen.

Heraus aus Schande und Unheil!

Die Weltgeschichte kennt viele Beispiele, daß große Volksteile in Raserei, in eine Art Wahnsinn versetzt, gegen sich selbst oder Mitmenschen wie besessen wüteten, in Mord- und Zerstörungswillen sich austobten. Selbstkasteiungen, Selbstmordepidemien, Religionsverfolgungen, Hexenprozesse, Nationalitäten- und Rassenhaßorgien abscheulichster Ausartung geben davon erschauernd Kunde. Etwas Aehnliches an Geistesverwirrung und Selbstzerfleischung erleben wir nun auch wieder: die Nazibewegung! Wie alle früheren Seuchen, ist auch der Hitlerismus aus geistigem und seelischem Krankheitszustand, genährt von sozialen Nöten, die Millionen verwirren, in Verzweiflungsstimmung versetzen, hervorgebrochen, von den Führern demagogisch aufgezüchtet, planmäßig gelenkt gegen das Wohl der Fanatisierten selbst und die gesamte arbeitende Bevölkerung.

Was wissen die jungen proletarischen Nazimannen von den Gewerkschaften? Was von ihrem Wesen, ihrer Tätigkeit, ihren Opfern und Leistungen für die Arbeiterschaft? Nichts! Keiner wird darüber Wahres und Richtiges zu sagen wissen. Aber sie sind in einen blindwütigen Haß gegen die freien Gewerkschaften hineinpraktiziert worden. Gegen die ernsthaften Wahrnehmer und Verteidiger der wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Werktätigen. Weil sie das sind, weil sie als Machtfaktor der Arbeiter sich der kapitalistischen Reaktion entgegenstemmen, gerade darum ist das Kapital voll Haß gegen die Gewerkschaften erfüllt; darum müssen ihre offenen und verkappten Agenten versuchen, mit allen Mitteln der Demagogie, Lüge, Verleumdung, mit falschen Versprechungen, mit Trinkgeldern, mit Appell an die niedrigsten Instinkte, Proletarier nicht nur von den Gewerkschaften fernzuhalten, sondern sie als Hauptschuldige an der Krise, der Massenarbeitslosigkeit und der furchtbaren sozialen Nöte hinzustellen.

Die verführten, in Haßgefühl versetzten Arbeiter in Stadt und Land, unbekannt mit den sozialen Zusammenhängen, brauchen sich aber nur folgende Tatsachen vor Augen zu stellen, um zu erkennen, daß ihre Unkenntnis und darum Leichtgläubigkeit von ihren falschen Freunden in der schändlichsten Weise gegen ihre eigenen Interessen mißbraucht wird: Wir hatten noch nie einen solchen Reichtum an Produktionsmitteln wie jetzt. Dabei gibt es in allen kapitalistischen Ländern Riesenheere von Arbeitslosen. Ueberall Millionen, die bei gefüllten Scheunen und großen Ernten hungern müssen. Millionen ohne menschenwürdige Wohnung, ohne Kleidung, ohne Mittel, um in bescheidener Weise an den Kulturgütern sich zu erfreuen. In sozialen Niederungen verkümmert ihr Dasein. Warum? Weil die Gewerkschaften für ausreichende Löhne kämpfen, dem Stande der Produktionsmöglichkeit angepaßt; weil sie der herrschenden Klasse soziale Einrichtungen abgezwungen haben, die den Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen eine bescheidene Existenz sichern? Ist darum Krise auch in Ländern ohne starke Gewerkschaften, ohne Sozialfürsorge und mit Kapitalüberfluß? So verstandesarm kann schließlich kein Arbeiter sein, der auf solche Fragen mit einem Ja! antworten könnte.

Das Kapital beherrscht die Produktionsmittel. Es läßt aber nicht produzieren, um der Menschen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern lediglich um Gewinne zu erzielen. In solchem hemmungslosen Trieb bringt das Kapital selbst Unordnung in diese Wirtschaft, erzeugt Krisen mit den bekannten verwüstenden Folgen für die Arbeiterschaft. Es belastet die Produktion mit einer solchen Ueberlast von Profitansprüchen, „regelt" die Warenerzeugung so anarchistisch, daß ein Ueberangebot von Industrieerzeugnissen entsteht, es kann nicht genug abgesetzt werden. Arbeitslosigkeit ist die Folge. Im anderen Lande werden Ernten vernichtet aus dem gleichen Grunde; die arbeitende Bevölkerung kann die Agrarerzeugnisse nicht in ausreichendem Maße kaufen. Zu niedrige Löhne hielten die Kaufkraft im Vergleich zu der gesteigerten Produktion und den erhöhten Preisen in zu engen Grenzen. Dieses Mißverhältnis ruft periodisch die Krisen hervor. Sie werden verschärft durch den Umstand, daß das Kapital den größten Teil des erzielten Profits wieder zur Herstellung von solchen Produktionsmitteln verwendet, die besonders hohe Verzinsung des Anlagekapitals in Aussicht stellen, die dann, wie jetzt, zum großen Teil brach liegen, weil die Kaufkraft der Masse weit hinter der Produktionsmöglichkeit zurückgeblieben ist.

Krisen sind daher unabwendbare Begleiterscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Schwere der nun auf dem arbeitenden Volk in allen Ländern so unheimlich peinigend lastenden Krise ist eine Folge des Weltkrieges. Wenn trotzdem Menschen den Glauben erwecken, durch eine Diktatur, durch Judenhetze oder gar neuen Krieg könnte die Krise gebannt, des Volkes Not in Wohlfahrt verwandelt werden, dann sind das Narren oder abgefeimte Schwindler, die aus dem Elend anderer eine Brücke für ihre ehrgeizigen, machtlüsternen Bestrebungen bauen wollen. Die dabei das Volk in noch tiefere Nöte hineinstürzen. Und wenn sie die Vernichtung der Gewerkschaften als Heil für die bedrängte Arbeiterschaft preisen, dann geschieht das lediglich im Interesse des Kapitals, daß aus der jetzigen Krise durch noch weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, durch Lohn- und Sozialabbau plus Steuererhöhung für die Armen, herauskommen will, ohne selbst die Kosten zu tragen.

Früher wurde bei Krisenzuständen das normale kapitalistische Gleichgewicht zwischen Produktivität und Konsum durch energische Preissenkung wieder hergestellt. Jetzt will man in Deutschland, aller Vernunft und Logik zum Trotz, durch Schwächung der Kaufkraft der schon unzureichend konsumfähigen Masse die Krise beheben. So sagt man wenigstens. In Wirklichkeit denkt man, auf diese Weise könne man für das Kapital die weit überspannte Profitrate sichern, dem Volke, und wenn es dabei in Scharen zugrunde geht, allein die Kosten seiner anarchistischen Wirtschaft aufladen. Und man spekuliert gleichzeitig darauf, durch Schwächung der Gewerkschaften, mit Hilfe der Hakenkreuzbewegung und anderer verhetzter Volksteile, in Zukunft ungenierter die Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Daher ist das Wüten, der Haß gegen die freien Gewerkschaften durch proletarische Schichten Selbstmord, Selbstpeitschung, ein Grabschaufeln ihrer eigenen Interessen. Das Kapital in seinem zügellosen Profitgeist ist der bösartigste Volksfeind und Betrüger, der schlimmste Mörder, den die Weltgeschichte verzeichnet, der größte Leidbringer für die in entseelender, zermürbender Lohnarbeit wie in einen Käfig eingekerkerten Proletarier. Ist es da nicht ein Wahnsinn, zu glauben, man könne, in Bundgenossenschaft mit dem Kapital und allen anderen reaktionären Mächten, durch einen Zerstörungskampf gegen die Gewerkschaften, durch Unterstützung der Lohn- und Sozialabbauoffensive des Großunternehmertums in Industrie und Landwirtschaft sowie des arbeiterfeindlichen Zünftlertums, die Interessen der arbeitenden und arbeitslosen Massen in Stadt und Land schützen, verteidigen, den Weg zur Flucht aus sozialem Elend und kapitalistischer Knechtschaft finden? Selbst nur wenig Ueberlegung und Nachdenken muß die Ueberzeugung vermitteln, daß die Proletarier unterm Hakenkreuz auf einen Holzweg, in eine Sackgasse geraten sind. Sie müssen schleunigst zurück, sonst versinken sie in kapitalistischen Sümpfen.

Grotesk, widersinnig, ganz unnatürlich ist ja auch die Führerschaft der proletarischen Nazis: Prinzen, Fürsten, Adelige, hohe Militärs, Großindustrielle, Großgrundbesitzer, Bankmagnaten, höhere Beamte aus Verwaltung und Justiz! Eine Sammlung jener Gesellschaftsschichten, die mit der Arbeiterschaft nie Gemeinschaft haben wollten, die, gestützt auf angemaßte Privilegien, sich selbst als höhere, die Arbeiter als niedrigere Wesen betrachten und — stets behandelten. Für die der Arbeiter immer nur Objekt ihrer Sonderinteressen und Lüste war. Die überwiegend sich reichen Besitzes, großer Vermögen oder doch glänzender Pensionen, hoher Gehälter erfreuen, denen die Not des Lebens persönlich nur ein theoretischer Begriff ist. Kann ein denkender Arbeiter annehmen, daß diese Schichten nun plötzlich Arbeiterfreunde geworden wären, daß sie aus sozialen Erwägungen Bruderschaft mit den Naziproleten — markieren? Das ist wohl ausgeschlossen! Sie benutzen das würgende soziale Elend, um Verzweifelte, mit den Ursachen ihrer Drangsal Unbekannte, für die Sicherung der volksfeindlichen Privilegien, die jene Schichten durch die marxistische Arbeiterbewegung bedroht sehen, zu mißbrauchen. Und für ihre Zwecke, nicht für die Wahrnehmung proletarischer Interessen, unterhalten sie einen Haufen ehrgeiziger, machtlüsterner Streber, gewissenlose Menschen, skrupellose Elemente, Landsknechtsnaturen, manche mit dunkler Vergangenheit, die mit den Mitteln der Demagogie, der Haßaufpeitschung gegen die Gewerkschaften, der Gewaltanwendung gegen andere Arbeiter, Proletarier in die Hakenkreuzbewegung locken, damit die Kapitalisten wieder absolute Diktatoren der Arbeitsbedingungen werden sollen und die „vornehme" Nazigesellschaft ihre anderen Privilegien behält.

Noch nie sind Menschen durch Aberwitz, Verbrechen, Verhetzung und Demagogie in solche Täuschung, solchen Verrat, in solche Selbstvernichtung hineinmanövriert worden, wie ehrlich wollende Proletarier in der Hakenkreuzseuche. Sie wird einst zu denselben Schandmälern der Geschichte gehören wie die schändlichen Hexenprozesse, Kinderkreuzzüge, das Massenmorden von Religionsfanatikern usw.

Heraus aus der Hakenkreuzschande! Hinein in die Gewerkschaften!

Ausbau kommunistischer Gewerkschaftsverbände.

Auf gewerkschaftlichem Gebiete entfalten die Kommunisten seit längerer Zeit eine außerordentlich rege Tätigkeit. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, bekannt unter dem Namen RGO., soll erheblich weiter ausgebaut werden. Es scheint, als wollte man hier den Grundstock für eine kommunistische Gewerkschaftsbewegung schaffen. Die jetzt neu beschlossenen Richtlinien der RGO. enthalten alles, was zu einer gründlichen Unterminierarbeit der Gewerkschaftsbewegung notwendig ist.

Nach dem Metallarbeiterkampf ist man überdies dazu übergegangen, einen Einheitsverband der Metallarbeiter ins Leben zu rufen. Die Organisationsgrundsätze und Richtlinien dieses Verbandes umfassen nur neun Paragraphen. Er soll sich aufbauen nach den „Grundsätzen" eines revolutionären Industrieverbandes. In den Richtlinien wird extra betont, daß sich diese Konkurrenz-Organisation von den „reformistischen" Gewerkschaften unterscheidet. Die so[illegible] Phrasen über die Grundsätze sind außerordentlich dürftig. Als Organe des Verbandes werden bezeichnet: Betriebssektion, Stempelstellensektion, Bezirksleitungen, Gruppen- und Konzernleitungen, die Generalversammlung und der Vorstand. Der Vorstand erhält sein Mandat von der Generalversammlung. Es ist also mit dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Massen nicht weit her. Selbstverständlich muß auch die kommunistische Organisation Beiträge erheben. Diese sind aber außerordentlich niedrig, was naturgemäß ohne weiteres zu erwarten war. Die Beiträge betragen von 10 Pfennig bis 30 Pfennig. Letzterer Beitragssatz gilt für Facharbeiter. Man spekuliert also von vornherein auf die beitragssicheren Elemente innerhalb der Arbeiterschaft. Wozu diese Beiträge verwandt werden sollen, wird nicht näher auseinandergesetzt. Es wird nur unter der Rubrik Unterstützungen gesagt: „Die Mitgliederbeiträge dienen der Schaffung eines Streikfonds. Darum werden nur Streik- und Maßregelungsunterstützungen gezahlt." Als Beitragskassierer sollen nur „besonders vertrauenswürdige Arbeiter" ausgesucht werden, die der Bestätigung des Vorstandes unterliegen. Ueberdies hat man Kontrollkommissionen vorgesehen, die die Kassenführung der Kassierer und Unterkassierer periodisch kontrollieren sollen. So hat man von vornherein einen Schutzwall errichtet, damit nicht einmal ein Kassierer durch die Lappen gehen soll. Soziale Unterstützungen sollen nicht gezahlt werden. Bei den Gewerkschaften machen sie jetzt den größten Ausgaberposten aus. Das Elend würde zum Himmel schreien, wenn die organisierten Arbeitslosen nur auf die staatlichen Unterstützungen angewiesen wären.

Es ist bedauernswert, daß in einer Zeit, wo die Zusammenfassung der Kräfte dringend notwendig wäre, neue Zersplitterungsmöglichkeiten geschaffen werden. Aber schließlich ist gegen die kommunistische Wühlarbeit vorerst kein Kraut gewachsen. Sie müssen sich erst einmal die Finger verbrennen. Wir zweifeln nicht daran, daß es den Phrasenern gelingt, eine bestimmte Anzahl Proselyten zu machen. Aber wir zweifeln daran, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht anerkennen sollte, welches verräterische Spiel hier getrieben wird.

Es ist ein furchtbarer Gedanke: die Unternehmer sind lückenlos organisiert — auf Arbeiterseite neben einer großen Anzahl Unorganisierter ein halbes Dutzend Organisationsrichtungen! [illegible] die Gegner im eigenen Lager sind viel gefährlicher als die Feinde jenseits der Front.

Gewerkschaftspresse und ihre Gegner.

Die Gewerkschaftspresse gewinnt immer mehr, und zwar auch bei ihren Gegnern, Beachtung. Mehr oder weniger hat man früher diese nicht geringe Pressemacht ignoriert. Man erachtete nur die Tageszeitungen als Ausdrucksmittel der öffentlichen Meinung und beachtete kaum, daß daneben Blätter erscheinen, deren Auflagenziffern über diejenigen der allermeisten Tageszeitungen wesentlich hinausgehen. Wenn nun ein Umschwung eingetreten ist, so wollen wir dies gern anerkennen. Der von der Art der Beurteilung liefert die Nummer 216 des „Industrieschutz", Organ der bekannten Streikversicherungsgesellschaft des Deutschen Industrieschutzverbandes, einen treffenden Beweis. In dem betreffenden Artikel „Die Gewerkschaftspresse" werden die Gründung des Fachausschusses für die Gewerkschaftspresse registriert und seine Aufgaben gekennzeichnet. Daran anschließend heißt es in dem Artikel: „Diese neugegründete Institution ist also dazu berufen, eine Art Konzern zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu werden, und sie wird ihrer Aufgabe um so eher gewachsen sein, je weniger sich die Kreise um ihre Tätigkeit kümmern, die eigentlich das größte Interesse daran haben müßten, den Ausbau der Gewerkschaftspresse mit aller nur denkbaren Aufmerksamkeit zu beobachten: Die nichtmarxistisch eingestellten Parteien und Organisationen. Die Gewerkschaftspresse verfügt nämlich schon heute über eine derartige Anzahl von Blättern und Lesern, daß sich alle sonstigen Partei- oder Interessengruppen nicht entfernt damit messen können."

Der Fachausschuß soll also im Begriff sein, ein Konzern zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu werden. Daran wird er nicht gedacht haben; aber sein Bestreben war und ist es, die Gewerkschaftspresse zu der Bedeutung zu verhelfen, die sie verdient. Nachdem die Auflagenziffern der gesamten Gewerkschaftspresse und der größeren Gewerkschaftszeitungen ziffernmäßig belegt sind, wird über den Inhalt der Gewerkschaftszeitungen gesagt, daß er sich über so ziemlich alle Gebiete des öffentlichen Lebens, insbesondere die Politik, wirtschafts-, sozial- und kommunalpolitische Fragen, Pädagogik, Kunst und Literatur erstreckt. Wenn die Gewerkschaftspresse über alle diese Gebiete berichtet und die Gewerkschaftsmitglieder entsprechend schult, so hat sie u. E. ihre Aufgabe durchaus erfüllt. Aus der Haushaltsrechnung der Gewerkschaften wird mitgeteilt, daß die Ausgaben der dem ADGB. angeschlossenen Gewerkschaften für Verbandszeitschriften, die „Gewerkschaftszeitung" usw. 9 582 418 RM betragen. Der Artikel schließt, daß die Beeinflussung der öffentlichen Meinung überdies noch die Pressekorrespondenzen des ADGB. und der größeren Verbände vornehmen und daß neben der Gewerkschaftspresse des ADGB. noch die Angestellten- und Beamtenorganisationen mit ihren Zeitschriften bestehen. Nähme man dazu noch die etwa 200 Zeitschriften der SPD., „so wird man sich erst das richtige Bild von der Größe der hier für eine Idee, nämlich für die Idee der Zerstörung unseres jetzigen Wirtschaftssystems, arbeitenden Macht bilden können". Mögen die Gegner der Arbeiterbewegung auch Zeter und Mordio schreien, die Hauptsache ist, daß die Gewerkschaftspresse ihrer hohen Mission gemäß sich weiter entwickelt und bei den Mitgliedern und der Oeffentlichkeit Beachtung findet.

Wirtschaftskrise und Dividenden.

Das Bankhaus Gebr. Arnold hat eine Untersuchung der bisher veröffentlichten Abschlüsse aller der für die Berliner Börse in Betracht kommenden Aktiengesellschaften vorgenommen, deren Geschäftsjahr nicht auf das Kalenderjahr fällt. Bis jetzt haben 142 ihren Abschluß bekanntgegeben. Von diesen verteilen 38 Gesellschaften keine Dividende, 17 verteilten 1 bis 5 Proz., 14 6 bis 9 Proz., 40 10 bis 14 Proz. und 6 über 14 Proz. Wenn man die 80 Unternehmungen ausschaltet, die in diesem wie im Vorjahre eine Dividende nicht gezahlt haben, so bleiben 112 Gesellschaften übrig, von denen 37 ihre Dividende ermäßigten. Dem steht aber gegenüber, daß in 21 Fällen eine Dividendenerhöhung stattfinden konnte. Bei 54 Gesellschaften, also rund der Hälfte, ist der vorjährige Dividendensatz unverändert geblieben. Betrachtet man die absolute Dividendenhöhe, so ergibt sich als Durchschnittsdividende ein Satz von 6,26 Proz. nach 6,57 Proz. für das Vorjahr, bzw. unter Ausschaltung der dividendenlosen Gesellschaften von 8,55 Proz. gegen 9,02 Proz. im Vorjahr. Man wird nicht behaupten können, daß die bisherigen Abschlüsse durchweg ein freundliches Bild boten. Wenn aber die Hälfte der Gesellschaften eine gleiche Dividende verteilt, 21 eine Dividendenerhöhung vornahmen und sich eine Durchschnittsdividende von 6,26 bzw. 8,55 Proz. ergibt, so muß man daraus annehmen, daß die Wirtschaftskrise auf die Dividendenpolitik nicht so katastrophal gewirkt hat, wie man dies hätte annehmen sollen.

Nationalsozialisten und Gewerkschaften.

Wer noch immer nicht weiß, was er von den Nazis zu halten hat, kann es aus Heft 10 der „Nationalsozialistischen Briefe" ersehen, in denen sich der Führer der sudetendeutschen Nationalsozialisten, Dr. Krebs, der im übrigen für die nächste Zeit seinen Besuch in Berlin ankündigt, über das Thema „Partei und Gewerkschaften" äußert. In diesem Aufsatz heißt es:

„Jeder Mann und jeder Pfennig gehören in die staatliche Angriffsfront. Wir haben keine sozialen Reformen durchzuführen, weder Häuser zu bauen, noch Volksspeisungen einzurichten. Unser soziales Examen haben wir erst nach der Machtergreifung abzulegen . . . Mit unzähligen Arbeitslosen kann man auf die Dauer nicht kämpfen. Aber alles dieses darf eben nur Mittel zum Zweck, nicht aber Selbstzweck sein. Damit ist unsere Stellung zu den Gewerkschaften klar gekennzeichnet . . . Soweit wir zur Führung unseres staatspolitischen Kampfes gewerkschaftlicher Etappenunterstützung bedürfen, müssen wir versuchen, mit den christlich-nationalen Gewerkschaften und dem DHV. zu einem Modus vivendi zu kommen."

Die sozialpolitische Arbeit, mit der die Nazis so gern auf Stimmenfang ausgehen, wird also bis nach der Machtergreifung vertagt. Solange sind die Arbeitslosen und ihre Not „Mittel zum Zweck"! Wahrlich eine Politik auf lange Sicht! Mit den christlich-nationalen Gewerkschaften und dem DHV. werden sich die Herren Nazis sicherlich gut vertragen. Nur, daß sie nicht ganz so plump und offen aus der Schule plaudern! D. F.

Die Erde könnte ein Paradies sein.

„Niemals seit Menschengedenken", so schreibt der Weltreisende Colin Roß in der „Vossischen Zeitung" Nr. 555 u. a., „stand in solch offenbarem Widersinn billigste Produktion, Ueberangebot von Waren und Gütern gleichzeitig einer so krassen Not gegenüber und der Unmöglichkeit, bei offenbarem Arbeitswillen diese Güter zu beschaffen. Diesen Widersinn empfinden die arbeitslosen Arbeiter und Angestellten. Ihn empfinden die Kaffeepflanzer in Brasilien, die Weizenfarmer und Viehzüchter in Argentinien, die aus dem gleichen unbewußten Grunde die letzte Revolution machten. Und der wirtschaftliche Widersinn unserer Zeit ist es noch viel mehr als die drückende englische Fremdherrschaft, die der Gandhi-Revolution Scharen fanatischer Anhänger zuführt. Noch nie — soweit menschliches Wissen reicht — standen solch ungeheure Naturkräfte, solche Fülle von Rohstoffen und Lebensmitteln zur Verfügung, noch nie war es möglich, mit einem solchen Minimum von Arbeit ein solches Maximum von Lebensbedürfnissen zu befriedigen. Vergleicht man aber den Gesamtlebensstandard des europäisch-amerikanischen Menschen und vor allem seine seelische Situation, die Summe von Glück, die ihm zuteil wird, mit dem Lebensrhythmus und der Glückssumme, die unvergleichlich primitivere Völker mit einer minimalen Technik sich geschaffen haben, so kommt man zu der Erkenntnis, daß die Rechnung nicht aufgeht, daß auch in dem rationalisiertesten Betriebe ein irrationaler Rest bleibt und daß dessen Außerachtlassung die ganze Rechnung fehlschlagen läßt. Unsere Zeit, wir Menschen von heute stehen wirklich vor dem grotesken Widersinn, daß wir die technischen Möglichkeiten haben, das Paradies auf Erden zu schaffen, und daß wir drauf und dran sind, eine Hölle daraus zu machen, wie sie in solchem Umfange noch nie da war, aus dem einfachen Grunde, weil die Erde noch nie ein so einheitlich geschlossenes Ganzes war und weil früher — als der Raum noch nicht bezwungen war — jeder einzelne Teil der Erde unabhängig vom anderen sein eigenes Dasein führen konnte. Der Fluch der Technik ist das unvermeidliche Korrelat ihres Segens . . ."

De offenen Blicks durch die Welt gegangene Colin Roß hat die Entwicklungslinien und die tieferen Ursachen der Weltkrise richtig erschaut. In der Tat ist es so, daß noch niemals die Natur den Menschen so ergiebig mit ihren Schätzen zu versorgen vermochte, als jetzt. Aber noch niemals war das Massenelend größer als zur gegenwärtigen Zeit. Das herrschende Wirtschaftssystem muß doch gewaltige Mängel haben.

Maßnahmen gegen die Hausgewerbetreibenden.

Die Verordnung der Reichsanstalt und des Reichsarbeitsministers ist einer der schwersten Schläge, welche gegen die unterdrückten Arbeiter in der Christbaumschmuck-Hausindustrie je geführt wurden. Sie erfüllt keinen anderen Zweck, als daß die genannten Hausarbeiter dem profitgierigen Unternehmertum, welches sich gegen jeden Tarifvertrag wendet, immer mehr ausgeliefert werden sollen.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Vermutung ausspricht, daß in der Hauptsache die Anregungen vom Syndikus der Verleger ausgegangen sind. Dieser Herr hat es Jahr und Tag verstanden, den Hausarbeitern immer etwas am Zeug zu flicken. Die Arbeiter Südthüringens können schon ein Lied davon singen. Es ist ja auch eine bekannte Tatsache, daß in der Hausindustrie Südthüringens die meiste Schwarzarbeit anzutreffen ist. Anstatt aber die Ursachen der Schwarzarbeit näher zu untersuchen und Mittel anzuwenden, welche geeignet wären, Abhilfe zu schaffen und sowohl die Industrie wie die ehrlichen Arbeiter zu schützen, greift man zu Maßnahmen, welche eher das Gegenteil von dem bezwecken, was sie erfüllen sollen.

Alle die Maßnahmen der Arbeitsämter oder der Reichsanstalt, welche in der letzten Zeit gegen die Hausarbeiter angewendet wurden, wie Anrechnung von geringer Arbeit und Herausnahme Jugendlicher aus der Krisenunterstützung, haben die Schwarzarbeit eher gefördert als beseitigt. Man wird das Gefühl nicht los, daß man in den Behördenkreisen die tatsächlichen Verhältnisse nicht kennt, sonst würde man nicht zu solchen Maßnahmen greifen, wie dies geschehen ist, sondern würde den Vorschlägen, welche aus den Kreisen der Arbeiter selbst und ihrer Organisation kommen, mehr Beachtung schenken. Damit aber die Oeffentlichkeit und alle die maßgebenden Stellen informiert werden, muß immer wieder auf das schon so oft Vorgebrachte hingewiesen werden. Das Unternehmertum, die Verleger in Sonneberg, nutzen die Verhältnisse in der Christbaumschmuckindustrie für sich aus, solange ihnen kein Riegel vorgeschoben wird. Der Tarifvertrag muß unter den heutigen Verhältnissen als unzulänglich bezeichnet werden, und da noch nicht einmal danach bezahlt wird, so werden die Arbeiter, welche gezwungen werden, unter Tarif zu arbeiten, zu allen möglichen Schlechtigkeiten erzogen; sei es, daß der eine „schwarz"arbeitet, der andere die Rohstoffe pumpt und nicht bezahlt, oder so vieles mehr. Eine strenge Durchführung des Tarifvertrages würde schon viel Mißstände beseitigen. Meist ist es aber auch so, daß gerade diese Arbeiter, welche unter Tariflohn arbeiten, soviel Arbeit haben, daß es ihnen unmöglich ist, diese allein zu einer bestimmten Arbeitszeit fertigzubringen. Da greift man auch wieder zu allen möglichen und unmöglichen Handlungen. Während ein guter Teil ohne Arbeit auf der Straße liegt, arbeiten andere mit allen zur Verfügung stehenden Hilfskräften bis spät in die Nacht hinein. So kommt es vor, daß man nachts um 24 Uhr noch beobachten kann, daß gearbeitet wird. Sonntage kennen diese Arbeiter schon gar nicht, solange sie Arbeit haben. Sie schrecken auch nicht davor zurück, anstatt wirkliche Glasbläser mitarbeiten zu lassen, andere Berufsarbeiter nebenbei oder sogar Erwerbslose abends mitarbeiten zu lassen, welche dann einen geringen Lohn erhalten. Auf diese Art und Weise wird der Tarifbruch auf Kosten der Arbeitslosenversicherung oder durch Pump einigermaßen ausgeglichen.

Die Schwarzarbeiter sind nicht immer allein Hausarbeiter, sondern auch Arbeiter aus den anderen Berufen, welche ja auch in den meisten Fällen die Arbeit der Hausarbeiter leisten können.

Wenn man nun seitens der Reichsanstalt glaubt, durch Herausnahme der Hausarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung diese Zustände zu beseitigen, so bedeutet dies einen schweren Fehlgriff. Es gibt nur vier Möglichkeiten, diese Mißstände zu beseitigen, und damit würden auch viele Mittel eingespart werden können.

1. Durchführung einer geregelten Arbeitszeit. Dadurch wäre es möglich, viel mehr Hausarbeiter im Arbeitsprozeß aufzunehmen, und alle Nebenarbeiter aus anderen Berufen würden dadurch ausgeschaltet werden. Der Tarifvertrag würde dadurch ebenfalls nicht unterboten, denn in den meisten Fällen sind es gar nicht die Glasbläser, welche den Tarif unterbieten, sondern solche, welche im Beruf der Glasbläser herumpfuschen. Die Glasbläser selbst werden dann ebenfalls gezwungen, um nicht ganz aus dem Arbeitsprozeß zu kommen, diese Handlungsweise mitzumachen.
2. Mittel zur Verfügung zu stellen, damit es den Eltern schulentlassener Kinder ermöglicht wird, ihre Kinder in andere Berufe überzuführen, da eine Ueberlastung der Industrie zu verzeichnen ist.
3. Scharfe Kontrolle durch Kenner der Hausindustrie, welche auch die Tricks und Schliche der Hausarbeiter kennen.
4. Alle Verleger, welche Arbeitslose beschäftigen und keine richtigen Angaben machen, müssen schwer bestraft werden.

Hier wäre die Einführung von Lohnbüchern am Platze und viel Arbeit- und Zeitersparnis für die Arbeitsämter gegeben.

Alles andere bringt eher Schaden als Nutzen, sowohl für die Gemeinde als auch für die Industrie. Die Christbaumschmuckmacher haben selbst, wenn sie arbeiten, am anderen Tage nichts zum Leben, wenn sie einen Tag ohne Arbeit sind.

Mit all den Maßnahmen, welche seitens der Reichsanstalt und des Reichsarbeitsministers getroffen worden sind, trifft man einzig und allein den ehrlichen Arbeiterstand in der Hausindustrie, welche sowieso unter der Arbeitslosigkeit schon immer zu leiden hatten.

Wilhelm Böhm.

Vereinbarung.

Der Reichsarbeitsminister **Berlin, 28. November 1930.**
III b 13 579.

Betr. Schiedsspruch vom 6. Oktober 1930 in dem Lohnstreit in der Thüringer Glasinstrumenten-Industrie.

In der Lohnstreitigkeit in der Thüringer Glasinstrumenten-Industrie zwischen dem Verband Deutscher Glasinstrumenten-Fabriken e. V. und dem Keramischen Bund, Abteilung des Fabrikarbeiter-Verbandes, wird der Schiedsspruch vom 6. Oktober 1930, der unter dem Vorsitz des Schlichters für den Bezirk Mitteldeutschland gefällt worden ist, gemäß Artikel I § 6 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923, in Verbindung mit § 25 Abs. 2 Satz 1 der Zweiten Verordnung zur Ausführung der Verordnung für das Schlichtungswesen vom 29. Dezember 1923 mit der Maßgabe für verbindlich erklärt, daß die Lohnregelung bis zum 31. Dezember 1930 gilt.

Die Tarifparteien haben der Abänderung des Schiedsspruchs für den Fall der Verbindlichkeitserklärung zugestimmt.

Im Auftrage
gez. Dr. Sitzler.

Betriebsausrüstung der europäischen Glasindustrie. (Schluß.)

Der zunächst leistungsfähigste Glasproduzent Europas ist die Tschechoslowakei, wo es nach neueren Ermittlungen etwa 90 Glasfabriken für Hohlglas, 15 Betriebe zur Erzeugung von gegossenem Spiegelglas und 5 Flaschenfabriken gibt. Daneben existieren noch eine große Zahl kleinerer Unternehmungen, so daß in über 400 glasindustriellen Betrieben, einschließlich der Heimarbeiter, ungefähr 50 000 Personen in der Glaserzeugung tätig sind. Allein im Bezirk Gablonz erzeugen 40 Glasöfen täglich etwa 120 000 Kilogramm Glas. Die tschechoslowakische Glasindustrie ist im wesentlichen Ausfuhrindustrie. In den letzten zehn Jahren wurden insgesamt 150 000 Waggon Glaswaren im Werte von rund 14,5 Milliarden tsch. Kronen zur Ausfuhr gebracht. Im Jahre 1929 bezifferte sich die Ausfuhr auf 1,4 Milliarden tsch. Kronen.

Sehr bedeutsam in Ausrüstung und Leistungsfähigkeit ist ferner die Glasindustrie Polens, die im Jahre 1929 in 68 Fabriken etwa 16 500 Arbeiter beschäftigte. Die Jahreserzeugung belief sich auf 109 000 Tonnen, davon 59 800 Tonnen Hohlglas und Flaschen, 24 600 Tonnen Fensterglas und 24 600 Tonnen Glaswaren aller Art. Davon nimmt ungefähr 70 Proz. der inländische Konsum auf, während 30 Proz. zur Ausfuhr gelangen. Sehr günstig für die polnische Glaserzeugung ist der Umstand, daß sie über sehr wesentliche heimische Rohstoffquellen verfügt. Es konnte sich daher die Erzeugung des Jahres 1924 in Höhe von 50 000 Tonnen von Jahr zu Jahr steigern und hat sich im letzten Jahre sogar verdoppelt.

In Rußland, wo die Glasindustrie nach der Revolution sehr darniederlag, befinden sich die Werke noch im Zustande der Neuorganisation. Eine ganze Reihe Neubauten und Neuanlagen sind vorgesehen. Ueber die Auswirkung der auch für die Glasindustrie vorgesehenen Maßnahmen des Fünfjahrplans kann noch nichts Endgültiges gesagt werden. Wesentlich ist, daß die russische Glasproduktion im Jahre 1927 wieder 85 Proz. der Erzeugung des Vorkriegsstandes erreichte. 1928 war die Erzeugung von 92 Glashütten, die im Jahre 1923/24 90 122 Tonnen im Werte von 24 Millionen Rubel ausmachte, auf 324 483 Tonnen im Werte von 104,8 Millionen Rubel gestiegen. Beschäftigt wurden einschließlich der Steingut- und Porzellanindustrie 87 100 Arbeiter in 138 Hütten.

Frankreich und die Schweiz spielen neben den Großerzeugern Europas eine etwas bescheidenere Rolle. Immerhin wird die Flaschenglaserzeugung Frankreichs auf rund 250 Millionen Stück veranschlagt. Schon im Jahre 1926 wurde zudem festgestellt, daß die französische Glasausfuhr etwa siebenmal größer war als die Einfuhr. In Französisch-Indochina ist übrigens vor nicht allzu langer Zeit eine Glasindustrie entstanden, die jährlich 5 Millionen Flaschen und eine halbe Million Quadratmeter Fensterglas erzeugt. In der Schweiz gab es vor dem Kriege eine Glasindustrie, die 10 200 Arbeiter beschäftigte und 12 800 Tonnen Glas im Werte von etwa 3,5 Millionen Frank erzeugte. Die Schweiz muß allerdings sehr viel Glas einführen, und ist Deutschland an dieser Einfuhr mit 40 Proz. beteiligt.

Von anderen Ländern, die zwar selbst über eine Glasindustrie verfügen, deren Einfuhr jedoch größer ist als die Ausfuhr, wären u. a. zu erwähnen: Oesterreich, wo es 9 Hohlglasbetriebe gibt, die allerdings in den letzten Jahren nicht voll beschäftigt werden konnten, trotzdem die Einfuhr von Glaserzeugnissen vor drei Jahren über 17,64 Millionen Schilling ausmachte. Ungarn, das über 7 Glasfabriken und 7 Glasschleifereibetriebe verfügt, in denen etwa 1500 Arbeiter beschäftigt werden, bringt an Glaserzeugnissen für etwas über 6 Millionen Goldkronen zur Einfuhr. In Rumänien wird die Erzeugung von Fensterglas zur Zeit in ungefähr 20 meist kleineren Betrieben durchgeführt, und auch sonst wird der Bedarf an Glaswaren bis zu ungefähr 70 Proz. von der heimischen Industrie gedeckt. Griechenland besitzt 3 Unternehmungen für Fensterglas, die im Jahre etwa 300 000 Quadratmeter zu erzeugen vermögen. Im allgemeinen ist das Land sehr stark auf die ausländische Einfuhr angewiesen. Dasselbe trifft auch auf Bulgarien und Jugoslavien zu, wo die Eigenproduktion an Glas wenig von Bedeutung ist. In Bulgarien fehlen Tafelglasfabriken gänzlich. Von den nordischen Staaten hat Schweden 100 Fabriken mit ungefähr 8000 Arbeiter, die der Glaserzeugung dienen. Die Gesamterzeugung dieser Betriebe wird auf einen Jahreswert von rund 25 Millionen Kronen geschätzt, davon entfallen auf Ziergegenstände und Haushaltsware 11 Millionen, auf Flaschen etwa 6,3, auf anderes Hohlglas 3, auf Fensterglas 1,9 und auf Beleuchtungsglas rund 1 Million Kronen. Dazu gibt Schweden noch jährlich 10 Millionen Kronen für ausländisches Glas aus. Länder, in denen die Glasindustrie im Zurückgehen ist, wären Spanien, wo sich die Erzeugung von Weißhohlglas im Jahre 1921 aus 30 Fabriken noch auf 220 000 Tonnen belief, während 1928 nur noch aus 17 Fabriken 110 000 Tonnen geliefert wurden. Dafür ist die Einfuhr ständig im Steigen und erreichte 1929 eine Höchstziffer mit einem Wert von 8 Millionen Pesetas. Ferner ist in Lettland die Zahl der Glasbetriebe von 10 im Jahre 1924 auf 4 im Jahre 1926 zurückgegangen, und die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 1700 auf 526. Desgleichen sank in derselben Zeit der Wert der Produktion von 3,05 Millionen Lats auf 1,37 Millionen Lats.

Karl Dopf.

Beendigter Lohnstreik bei Wiegand & Bulle.

Am 1. November machte die Firma Wiegand & Bulle in allen ihren Filialbetrieben, einschließlich der Betriebe in Oelze und Unterneubrunn, durch Anschlag bekannt, daß ab 15. November 1930 ein Lohnabzug von 7½ Proz. bei allen Arbeitern vorgenommen wird. Gegen diese einseitig diktierte Maßnahme der Firma haben die Kollegen in allen Betrieben Einspruch erhoben, und es wurde damit gerechnet, daß nach Ablauf der Kündigungsfrist der Abwehrkampf unvermeidlich wird. Verhandlungen, die noch vor Ablauf der Kündigung in einigen Betrieben stattfanden, führten zu keinem Ergebnis. Bei der Firma Ernst Witter A.-G. in Unterneubrunn wurde der angekündigte Lohnabzug vorgenommen, was zur Folge hatte, daß die Kollegen es ablehnten, zu gekürzten Löhnen weiterzuarbeiten. Nachdem weitere Verhandlungen zugesagt und die Firma von der erfolgten Maßnahme vorläufig Abstand genommen hatte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Am 19. November fanden für alle zum Konzern gehörenden Betriebe Verhandlungen statt. Es wurde die nachstehende Vereinbarung abgeschlossen:

Im Lohnstreit zwischen der Firma Wiegand & Bulle in Altenfeld nebst ihren dazugehörigen Filialbetrieben, sowie den Firmen Arno Edm. Kaempfe, Oelze, und Ernst Witter A.-G. Unterneubrunn, den gesetzlichen Betriebsvertretungen und dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, wird folgende Regelung getroffen:

1. Der am 23. Oktober 1930 für die Verbandsgruppe V des SDG. gefällte nachfolgende Schiedsspruch:

Die bisher gültigen Lohnregelungen werden ab 1. November 1930 wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Akkord-, Richt- und Zeitlöhne, sowie die Sätze für Entschädigungen und Nebenarbeiten um 3 Proz. ermäßigt werden.

Diese Lohnregelungen können mit einmonatiger Frist zum Monatsschluß, erstmalig zum 30. April 1931, gekündigt werden,

wird von obengenannten Firmen sowohl wie auch von den Betriebsvertretungen anerkannt mit der Maßgabe, daß die darin festgelegte Lohnregelung am Lohnzahlungstag, dem 22. November 1930, erstmalig zur Verrechnung kommt.

2. Die im Werk Neustadt ab 1. November 1930 erfolgte Sonderregelung wird von diesem Abkommen nicht betroffen und bleibt mit gleicher Laufdauer bestehen.

3. Diese Vereinbarung erhält nur Rechtskraft, wenn der oben bezeichnete Schiedsspruch für die Verbandsgruppe V des SDG. für verbindlich erklärt wird.

Da der Lohnschiedsspruch für die Verbandsgruppe V des SDG. für verbindlich erklärt wurde, ist damit auch der Lohnstreit bei der genannten Firma als beendigt zu betrachten.

Durch den Abschluß dieser Bewegung werden sicherlich alle Kollegen erkennen, daß nur die Geschlossenheit es vermochte, Schlimmeres zu verhindern und den ursprünglich beabsichtigten Lohnabbau der Firma von 7½ Proz. zurückzuweisen.

Tarifkündigungen in der Kölner Glasindustrie.

Die Lohnabbauwelle rast gegenwärtig über das Land. Man faselt nebenbei von einem Abbau der Preise für alle Bedarfsartikel, und dieses Propagandamittel muß nun herhalten, den langersehnten Abbau der Löhne und Gehälter in die Wege zu leiten. Die Auffassungen im Unternehmerlager über die Höhe der Preissenkungen sind sehr geteilt. In einer Versammlung des Groß- und Einzelhandels in Köln führte Herr Dr. von Norden aus, daß die Preise in dieser Branche schon um 16 Proz. gesenkt worden sind. Eine sehr schöne Rechnung, mit der man, wenn sie stimmen würde, etwas anfangen könnte. Die Hausfrau merkt von diesen angeblichen Preissenkungen wenig, aber zu einem Zweck, der erfüllt werden soll, werden solche Zahlen in die Oeffentlichkeit geschleudert. Der Zweck heiligt die Mittel. Wenn man die Preise der Lebensmittel verfolgt, so steht für die Stadt Köln einwandfrei fest, daß die Preissenkungen für den Arbeiterhaushalt mit 4 Personen 60 bis 80 Pfennig pro Woche betragen. Von dem Lohn, den der Arbeiter verdient, werden 45 Prozent für Lebensmittel ausgegeben. Der Rest verbleibt für Miete und die übrigen Bedarfsartikel, die irgendwelche Senkungen nicht erfahren haben. Im Gegenteil; für den Haushalt des Arbeiters sind seit den letzten Lohnerhöhungen im Jahre 1929 noch Steigerungen eingetreten. Die Wohnungsmiete ist gestiegen, die Straßenbahn hat die Tarife erhöht, die Arbeitslosenbeiträge sind gestiegen, und durch die Zollpolitik der Regierung sind Preissteigerungen eingetreten. Der Zoll für den Doppelzentner Weizen ist von 5,50 RM auf 25 RM erhöht worden, für Roggen von 3 RM auf 18 RM, für Erbsen von 4 RM auf 11 RM. Eine bedeutende Erhöhung hat auch der Butterzoll erfahren.

Davon wollen allerdings die Arbeitgeber nichts wissen. Es muß um jeden Preis, koste es, was es wolle, abgebaut werden.

Auch die Arbeitgeber in der Glasindustrie sind davon besessen. Man begründet die Kündigung der Lohntarife mit dem erfolgten Preisabbau der Fertigfabrikate. Die Verkaufspreise sind um 25 Proz. gesenkt worden, das mache es notwendig, auch die Löhne zu senken. Sind denn die Löhne so hoch? Das kann wohl nicht behauptet werden. Stundenlöhne von 75 bis 98 Pf. müßten eigentlich tragbar sein für die Industrie. Aber es scheint auch hier die Mode Eingang gefunden zu haben, weil es in den übrigen Industrien gehandhabt wird, will die Glasindustrie nicht zurückbleiben. Das Kündigungsschreiben und die Weihnachtsgabe, die man damit der Arbeiterschaft auf den Weihnachtstisch legen will, hat folgenden Wortlaut:

An den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Köln, Severinstraße 197/99.

Wir kündigen Ihnen hiermit den Lohntarif für die Arbeiterschaft der Spiegelglaswerke Germania A.-G., Porz-Urbach, fristgerecht zum 1. Dezember 1930.

Wir bitten Sie, uns den Eingang dieser Kündigung schriftlich zu bestätigen.

Hochachtungsvoll
Spiegelglaswerke Germania, Porz-Urbach
gez.: Mols Schmidt.

Die Arbeiterschaft hat nunmehr das Wort. Was die Firma will, ist der Arbeiterschaft bekannt. Was die Arbeiterschaft will, wird sie durch ihre Organisationsvertreter und durch den Arbeiterrat sagen lassen. Nicht Lohnabbau, sondern Lohnerhöhung ist die Losung der Arbeiterschaft.

Weißwasser O.-L.

Die Glaswerke Gelsdorf legten am 15. November den einen noch im Betrieb befindlichen Ofen still. Damals schon war bekannt, daß Herr Gelsdorf bei den Schleifern Abzüge machen wollte. Jetzt bietet er den Schleifern an, daß sie bei Wiederaufnahme des Betriebes über 50 Proz. billiger arbeiten sollen, dafür sollen statt der bisher sechs beschäftigten Schleifer nur drei, höchstens vier eingestellt werden. Auch den Glasmachern hat er schon angedeutet, daß er nach Wiederaufnahme des Betriebes Kompagnistenzulagen, wie auch Doppelhafenzulagen nicht mehr zahlen werde. Die ganze Stillegung hat also nur den Zweck, die Belegschaft gefügig zu machen, um dann den Lohn abzubauen. Herr Gelsdorf dürfte sich aber irren, für ihn gilt nach wie vor ebenfalls der Tarifvertrag, und seine Arbeiter werden nur unter tariflichen Bedingungen arbeiten und werden auch nicht zulassen, daß er bei dieser Stillegung eine Maßregelung im großen Stile durchführt. Alle Kollegen seien hierdurch gewarnt, mit der Firma Gelsdorf wegen Arbeitsaufnahme in Verhandlung zu treten, da die ganze Belegschaft vollzählig vorhanden ist und es allem Anschein nach bei einer eventuellen Wiederaufnahme des Betriebes zu starken Differenzen kommen dürfte.

Hirschberg i. Rsgeb.

Warnung vor Arbeitsangeboten. Den Kollegen der Bleikristallglasbranche zur Kenntnis, daß die Kristallglaswerke AG. in Hirschberg die Stillegung angemeldet und der gesamten Belegschaft die Kündigung ausgesprochen haben. Arbeitsangebote sind deshalb zwecklos. Nicht nur zwecklos, sondern nachteilig für die hiesige Belegschaft, weil bei den seit längerer Zeit von der Firma angestrebten „Lohnabbaumaßnahmen" immer auf die angeblich vielen Arbeitsangebote hingewiesen wird. „Wem es nicht paßt, der kann ja gehen, wir bekommen massig andere Kräfte", so müssen sich die Kollegen, ob Glasmacher oder Schleifer, oft sagen lassen. Deshalb Kollegen, unterlaßt solche Angebote, die ohnehin ergebnislos sind. **Die Gauleitung.**

Betriebs- und Teilstillegungen.

Das erste größere Werk, das den gegenwärtigen Krisenzeiten zum Opfer fiel, war die **Steingutfabrik Dresden** der Firma **Villeroy & Boch**. Diese Fabrik wird nicht die einzige der feinkeramischen Industrie bleiben. In den letzten Tagen häuften sich die Anzeichen, daß auch noch andere Firmen zu Betriebseinschränkungen und Stillegungen ihre Zuflucht nehmen werden; denn die Stillegungen sind wirtschaftlich ja so bequem, und das Risiko trägt die Arbeitslosenversicherung zum größten Teil, nur zur Reklame eignen sich Stillegungen und Betriebseinschränkungen nicht, das wurde auch schon eingesehen. Bei all den Vorgängen in der feinkeramischen Industrie darf man auf keinen Fall jede Stillegung als eine unbedingt wirtschaftliche Notwendigkeit, die sich auf keinen Fall vermeiden läßt, ansehen. Man muß erst nachforschen, aus welchen Gründen sie vorgenommen wird und zu welchen Zwecken. Dabei wird man finden, daß so manche Stillegung zum Lohndruck beantragt und durchgeführt wird, letzten Endes ist das auch in Dresden der Fall.

Aus Gründen der „Vorsicht" und zwecks entsprechender Beeinflussung der Stimmung ihrer Belegschaften stellen die Steingutfabriken **Velten-Vordamm** in **Velten** und in **Vordamm** fast jedes Jahr Stillegungsanträge bei den Behörden zu irgend einer betrieblichen Maßnahme gegen die Belegschaft. Dabei haben die Betriebe, besonders Vordamm, zu tun, so daß einzelne Abteilungen mit Ueberstundenarbeit kaum die Bestellungen bewältigen können.

Die **Steingutfabrik Elsterwerda** hat auch die Stillegung wegen Auftragsmangel in Aussicht gestellt, wenn keine Aufträge mehr einlaufen. Gegenwärtig arbeitet sie noch voll.

Die Steingutfabrik **Paetsch** in **Frankfurt a. d. Oder** machte auch schon den Versuch, ihre Lohnkürzungsaktion mit einer Stillegungsdrohung zu beschleunigen und durchzuführen. Sofort nach Ablauf der Stillegung wird der Belegschaft ein neues Arbeitsverhältnis zu niedrigen Löhnen angeboten, trotzdem angeblich keine Aufträge vorliegen sollen.

Die Steingutfabrik in **Hornberg** entließ ihre Belegschaft bis auf etwa 30 Personen wegen Ofenreparaturen, die wahrscheinlich nach den Lohnverhandlungen im Januar beendet sein werden.

Die Firma **Chr. Carstens** in **Wallhausen** kündigte die Betriebsstillegung wegen schlechten Geschäftsganges an.

Die Steingutfabrik **Thomsberger & Hermann** in Colditz ist soviel wie stillgelegt, nur einige Maler und einige Arbeiter im Brennhaus und die Versandabteilung sind noch beschäftigt. Die etwas besseren Steingutwaren dieser Firma werden gegenwärtig nicht gekauft, deshalb fehlen die Aufträge. Zu Lohndruck ist diese Firma nicht übergegangen. Das ist sehr bezeichnend und rechtfertigt unsere Anschauung, daß niedrigere Bezahlung eine Firma nicht aus ihren Schwierigkeiten zu retten vermag.

Die **Porzellanfabrik Jaeger** in **Marktredwitz** will ihre sonstigen geschäftlichen Nachlässigkeiten mit gekürzten Arbeiterlöhnen ausgleichen. Sie kündigte einem Teil ihrer Belegschaft und bot zu reduzierten Stückpreisen und Löhnen ein neues Arbeitsverhältnis an. Die Haltung dieser Firma werden wir noch näher beleuchten müssen.

In der bayrischen Porzellanindustrie ist es besonders die Firma **Ph. Rosenthal** in **Selb-Plößberg**, die 150 Arbeitern und 20 Angestellten zum Weihnachtsfest die Entlassung darreichen wird, das **Rosenthalwerk**, die Porzellanfabrik **F. Thomas** in **Marktredwitz** kündigte der gleichen Anzahl Arbeiter und Angestellten zum 13. Dezember.

Die Porzellanfabrik **C. M. Hutschenreuther** in **Hohenberg** wird 180 Personen in den nächsten Tagen entlassen.

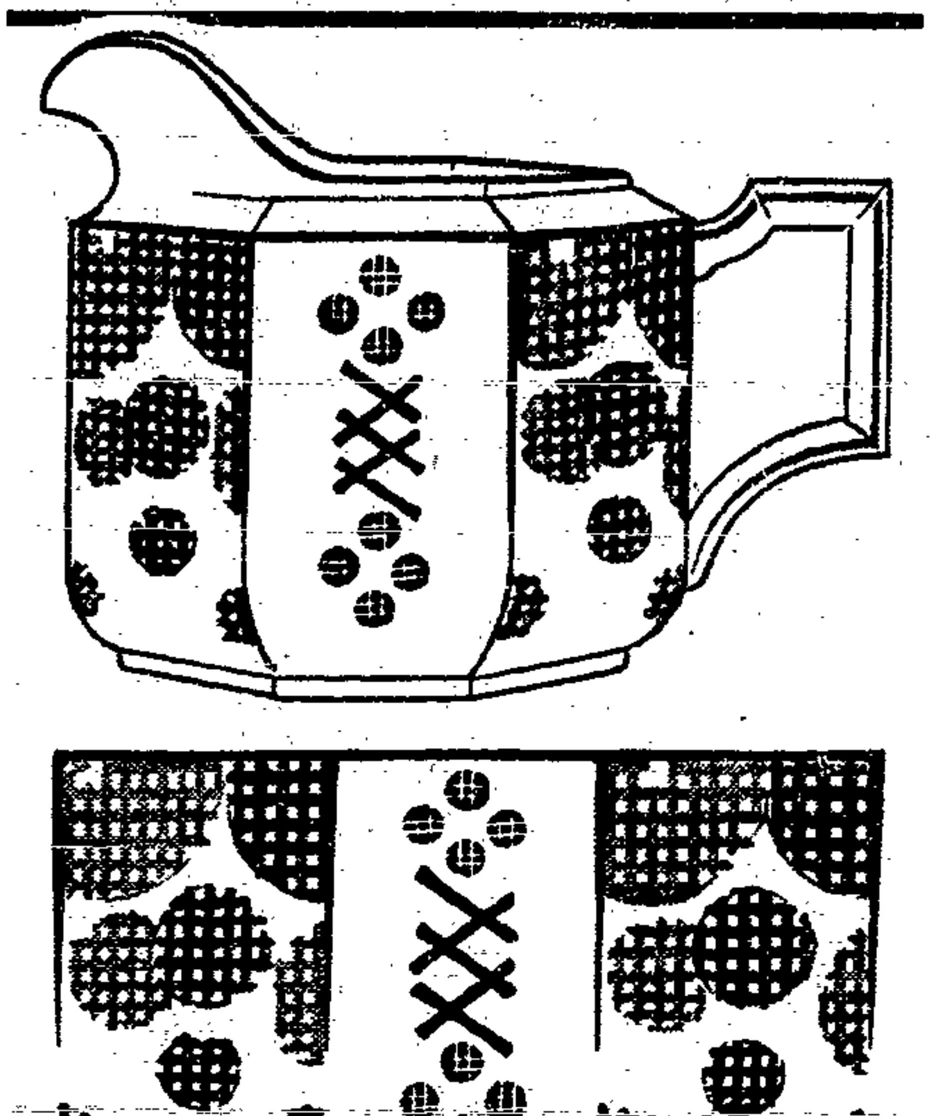
Oberklingensporn bei Naila mit etwa 60 Beschäftigten schließt auch die Pforten.

Weitere Betriebsstillegungen sind angekündigt und werden durchgeführt in der Porzellanfabrik **W. Mannl** in **Krummenaab** mit etwa 200 Beschäftigten, **Porzellanmanufaktur Rudolf Wächter Kirchenlamitz** etwa 60 Beschäftigte und Porzellanfabrik **J. Haviland** in **Waldershof** etwa 300 bis 350 Beschäftigte.

Wahrscheinlich kommen im Januar noch Teilstillegungen in anderen Werken hinzu, da die Lohnverhandlungen vor der Türe stehen, die doch auch auf diese Weise etwas beeinträchtigt werden müssen. Dann darf man nicht übersehen, daß eine Anzahl Porzellan- und Steingutfabriken zum Jahresende gerne aus Inventurgründen ihre Betriebe ruhen lassen möchte. Es ist also nicht immer Auftragsmangel, wenn gerade am Jahresschluß nach Erledigung der Weihnachtsaufträge eine Anzahl Porzellan- und Steingutfabriken stillegen. Diese Geste kostet nichts und hat schließlich doch ihre Wirkung, damit rechnet besonders der Arbeitgeberverband der feinkeramischen Industrie, der sich selbstverständlich davon auch eine Wirkung auf die Schlichtungsbehörden verspricht.

Nebenher läuft der Lohndruck in vielen anderen Betrieben weiter, die Unternehmer haben es besonders auf die Mehrlöhne abgesehen. Die Belegschaften sollen sich trotz höchster Leistungen mit den Tarifsätzen begnügen. Sie werden also für tüchtiges Schuften bestraft. Das ist wider alles Recht, wider alle Gerechtigkeit, aber das kümmert die Unternehmer nichts. Die Sorge um ihren Profit schlägt sie mit Blindheit, ihre wirtschaftliche Machtstellung in der Krisenzeit läßt ihnen den Kamm schwellen.

Wir sind überzeugt, daß nach diesen Zeiten wieder andere kommen, daß die Arbeiter auch wieder einmal dringend gebraucht werden. Das ist dann der Zeitpunkt, wo Vergeltung für all die erlittene Unbill geübt werden muß. Der Verband wird dafür sorgen, daß die Kollegenschaft das Verhalten der feinkeramischen Industriellen nicht vergißt und auch nicht, was ihnen jetzt angetan wird.



Kollegen und Kolleginnen, die an der Herstellung bezw. der Dekorierung des obigen Gegenstandes mitgearbeitet haben, werden gebeten, ihre Adresse der Zentralbranchenleitung Porzellan Charlottenburg, Brahestraße 2—5, zu übermitteln.

Es wird darum ersucht, den Gegenstand genau zu betrachten. Von der Dekorierung sind die beiden Felder links und rechts auf der Vorder- und Rückseite des Gießers in Farbe gehalten. Die helleren Teile sind gelbrot und die dunkleren blau, die mittlere Verzierung: Punkte, Striche, Seitenschmitze, Henkelschmitze neben und auf der Rückseite des Henkels sowie Rand und Linien sind Glanzgold.

Preiskommissionen im neuen Reichstarifvertrag.

Im Gegensatz zum bisherigen Tarifvertrag enthält der Vertrag über die Festsetzung von Stückpreisen neue Bestimmungen, die wir nachfolgend aufführen:

§ 21. Die Akkordlöhne werden unter Zuziehung einer von der gesetzlichen Arbeitervertretung zu bestellenden Preiskommission, die aus höchstens drei Arbeitern, bei Facharbeiterakkorden nur aus gelernten Arbeitern bestehen darf, festgesetzt. Entstehen hierbei Meinungsverschiedenheiten, so ist eine Vereinbarung mit der gesetzlichen Arbeitervertretung herbeizuführen.

Bis zur endgültigen Festsetzung des Akkordlohnes muß auf Verlangen der Betriebsleitung der Artikel im provisorischen Akkord hergestellt werden. Hierfür erfolgt eine Bezahlung mit der tariflichen Akkordbasis als vorläufigem Stundenlohn. Nach endgültiger Festsetzung des Akkordlohnes nach den Regeln des § 20 ist der etwa sich ergebende Unterschied zwischen dem festgesetzten Akkordlohn und dem vorläufig gezahlten Lohn nachzuzahlen.

Die Preiskommission ist für den durch die Betätigung entstehenden Lohnausfall vom Arbeitgeber, soweit sie auf dessen Veranlassung in Tätigkeit tritt, zu entschädigen.

Hiernach muß die gesetzliche Arbeitervertretung, also der Arbeiterrat, die Preiskommission bestellen und der Betriebsleitung benennen.

Es ist selbstverständlich, daß in einem Betrieb nicht nur eine, sondern mehrere Preiskommissionen vorhanden sein müssen, z. B. in der Dreherei, in der Malerei, Druckerei usw.

Lorenz Hutschenreuther, Selb.

Die Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther A.-G. in Selb, wohl das stabilste Unternehmen der Porzellanindustrie, brachte ihren Geschäftsbericht heraus. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. vorzuschlagen. Der Dividendensatz ist damit um 2 Proz. gegen das Vorjahr verringert und kann für diese Zeiten nach unserem Dafürhalten noch als gut angesehen werden. Der Abschluß verzeichnet per 30. Juni 1930 einen Bruttogewinn von 5 633 510 (6 056 201) RM, Mieten von 45 903 (49 997) RM, Zinsen von 60 692 (55 327) RM, dazu den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 88 555 RM. Generalunkosten erforderten 4 866 725 (5 063 624) RM, Abschreibungen wurden mit 296 105 (858 113) RM vorgenommen.

In dem Geschäftsbericht heißt es: Die allgemeine Wirtschaftskrise habe sich auch auf die Porzellanindustrie ungünstig ausgewirkt. Die vorhandene Ueberproduktion und die verminderte Konsumfähigkeit hätten ein weiteres Absinken der Preise zur Folge, während andererseits ein Abbau der Betriebskosten sowie der steuerlichen und sozialen Lasten nicht möglich war. Das Auslandsgeschäft sei durch die Weltwirtschaftskrisis und durch neue Zollerhöhungen weiterhin erschwert worden; trotzdem sei es gelungen, die vorjährigen Umsätze dem Umfang nach zu erhalten.

Die Bilanz verzeichnet bei einem Aktienkapital von 9,078 Mill. RM folgende Konten: Reservefonds 907 600 (907 600) RM, Obligationsaufwertung 253 617 (253 617) RM, Interimskonto 481 804 (748 737) RM und Kreditoren 1 840 470 (1 414 508) RM. Unter Aktiven werden aufgeführt Anlagen mit 5 386 444 (5 073 365) RM, Vorräte mit 1 547 656 (1 512 632) RM, Effekten und Beteiligungen mit 1 183 346 (1 362 504) RM, Hypotheken mit 150 514 (149 014) RM, Wechsel mit 118 697 (88 039) RM und Debitoren mit 4 393 740 (4 490 973) RM.

Ueber die Entwicklung im neuen Geschäftsjahr wird gesagt, daß sie ungünstiger sei als im Vorjahr. Man könne die Leistungsfähigkeit der Werke nicht voll ausnutzen und habe teilweise Betriebseinschränkungen vornehmen müssen.

Japan auch schlechte Geschäftslage.

Die deutschen feinkeramischen Industriellen betonen immer wieder, daß die japanischen und tschechoslowakischen Porzellanindustriellen ihre Ware auf dem Weltmarkt billiger anbieten und deshalb die Aufträge bekommen. Wenn die Behauptung richtig wäre — mit der die deutschen Unternehmer den Lohndruck begründen — dann müßten die japanischen und tschechoslowakischen Porzellanfabriken vollauf zu tun haben. Das ist jedoch nicht der Fall. Eine Nachricht über Japan besagt: Die Umsatztätigkeit der feinkeramischen Erzeugnisse bleibt allenthalben gering. Sämtliche Fabriken sind genötigt, mehr oder weniger stark verkürzt zu arbeiten. Während sich der Inlandsabsatz sehr unbefriedigend gestaltet hat, gibt auch das Ausfuhrgeschäft neuerdings eine stark rückläufige Tendenz zu erkennen. Die Preise liegen auf der ganzen Linie recht schwach, zumal sehr viele Fabrikanten in ihrem Bestreben, Verkäufe gegen bar Geld um jeden Preis vorzunehmen, nur zu sehr geneigt sind, weitere Preiszugeständnisse zu machen. Die Aussichten dieser Industrie für die nächste Zukunft sind ganz allgemein als wenig günstig zu bezeichnen.

Beetleware.

Das ist wieder einmal ein neues Wort und stammt selbstverständlich aus Amerika und bezeichnet ein „unzerbrechliches" Geschirr, von dem es in der „J. u. H." heißt:

Eine Reihe von Kunstharzprodukten, insbesondere Tassen, Untertassen, Teller und Gläser, werden unter dem Namen „Beetleware" neuerdings von der American Cyanamid Company auf den Markt gebracht. Vertriebsgesellschaft für dieses sogenannte „unzerbrechliche" Tafelgeschirr ist die Synthetic Elastics Company, 535 Fifth Avenue, New York. — Die neue Ware ist angeblich geschmacksfrei, geruchsfrei, nicht feuergefährlich, unzerbrechlich, hitze- und bis zu einem gewissen Grad säurebeständig. **Keine dieser Eigenschaften wird jedoch garantiert.** Es wird auch nicht behauptet, daß die Ware absolut unzerbrechlich sei, sondern daß es darauf ankomme, wie sie falle. Immerhin handelt es sich hier um ein interessantes Experiment, Kunstharz neuen Verwendungszwecken dienstbar zu machen. Von einem Massenabsatz wird allerdings bei den geforderten Ladenpreisen, 1,25 Dollar für Tasse mit Untertasse, 40 Cent für ein Wasserglas (in den Vereinigten Staaten) kaum die Rede sein können.

Wir sehen also, daß das „unzerbrechliche" Geschirr dem Porzellan keine Konkurrenz machen kann. Das „unzerbrechlich" ist eben nicht in allen Fällen das Entscheidende.

Rohstoffe der Tonwarenfabrikation.

Schon im grauen Altertum muß nach den erhaltenen Ueberresten die Tonwarenherstellung auf einer hohen Stufe gestanden haben. Assyrier, Perser, Babylonier und Aegypter haben ihre Kunst den Griechen und Römern hinterlassen, von deren kunstgewerblicher Handfertigkeit in bezug auf die Keramik uns glücklicherweise mancherlei Beweise erhalten geblieben sind. Im Mittelalter nahm die teilweise zum Erliegen gekommene Technik der Verarbeitung des Tons einen neuen Aufschwung. Schon früh taucht die von der Insel Majorka stammende Majolika auf, daran schließt sich die von dem italienischen Ort Faenza herrührende Fayence an, Begriffe, die allerdings für uns nur noch historische sind. Unter Majolika versteht man Tonwaren, deren Scherben nicht weiß, sondern dessen Farbe einen unreinen Charakter aufweist, und der deshalb mit einer weißlichen Zinnglasur bedeckt wird, welche wiederum bunt angemalt ist. Auch Fayence ist in gewissem Sinne eine Majolika, eine Tonware, die mit undurchsichtigen, meist farbigen Glasuren versehen ist. Die Fayence steht daher dem Steingut sehr nahe. Bedeutende Meister schufen schon vom 15. bis zum 17. Jahrhundert wahre Kunstwerke auf diesem Gebiet, doch verfiel dieses Gewerbe dann einigermaßen, um neuerdings besonders im sogenannten Kannenbäckerland (im Nassauischen bis zum Rhein hinüber) wieder neu aufzuleben. Auch das „Delfter Porzellan", das allerdings streng genommen gar kein Porzellan ist, leitet seinen Ursprung schon ziemlich früh ins Mittelalter, und um das Jahr 1700 haben wir auch schon in England eine ziemlich entwickelte Steinzeugindustrie.

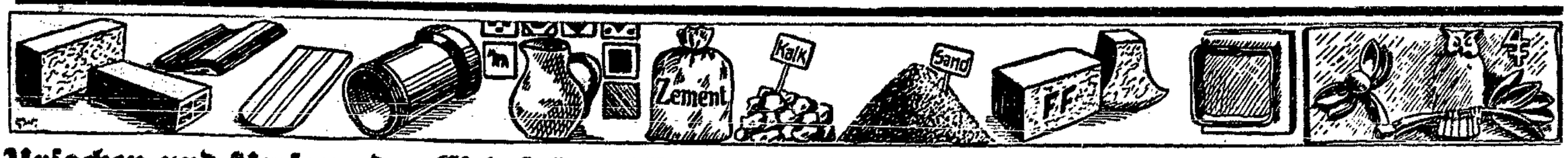
Besonderen Aufschwung gab die Erfindung des Porzellans durch Johann Friedrich Böttger, der im Jahre 1709 als erster in Europa weißes Porzellan herstellte, und zwar benutzte er als Rohstoff den weißen Kaolin von Aue. Schon ein Jahr darauf war seine Erfindung so weit ausgebaut, daß man mit der Fabrikation im großen Stil beginnen konnte. Von der Albrechtsburg bei Meißen aus breitete sich die Porzellanherstellung dann rasch nach den verschiedensten Städten aus, so nach Wien, Berlin (1750), Nymphenburg, Petersburg und Kopenhagen, wo zum Teil heute noch hervorragende Qualitäten erzeugt werden. Auch in dem französischen Sèvres kam 1774 die Porzellanfabrikation dank der Nähe guter Kaolinlager auf. Die neuere Zeit hat dann die verschiedenen Sorten Hart- und Weichporzellan sowie auch die Steinzeugsorten unaufhörlich weiter entwickelt. Jedenfalls kann von einem Stillstand in Forschung und Entwicklung der Tonwaren keine Rede sein.

Was nun die Rohstoffe angeht, so hat man zwei Sorten zu unterscheiden: Einmal die plastischen, also Ton und Kaolin, dann ferner die Magerungsmittel, Fluß- und Glasurstoffe. Beide tragen zur Gestaltung und Eigenart der Tonwaren in gleich wichtiger Art bei. Zu fetter, also zu stark schwindender Ton muß als Gegenmittel beim Trocknen und Brennen Sand usw. haben. Auch Stoffe organischer Art, wie Kohlengrus und Sägemehl, werden als Auflockerungsmittel zur Herstellung einer gewissen Porosität benötigt. Der Schmelzpunkt wird durch gebrannte Tonerde, Chromoxyd usw. erhöht. Kalk- und Feldspat dagegen dienen als Flußmittel zur Erniedrigung des Schmelzpunktes, auch werden bei der eigentlichen Porzellanherstellung Mittel zur Erhöhung der Durchsichtigkeit zugesetzt. Zu erwähnen sind dann noch die farbgebenden Metalloxyde und Erden, kurz, es treten zu den eigentlichen Rohstoffen noch Ergänzungs- und Hilfsstoffe aller Art in der Tonwarenindustrie hinzu.

Ton und Kaolin sind Tonerdesilikate in Verbindung mit chemisch gebundenem Wasser, die aber selten rein vorkommen, sondern meist, abgesehen von den feinsten Porzellanerden, ungleichartig chemisch zusammengesetzt sind. Fast in allen geologisch bedeutsamen Aufbauschichten unserer Erdrinde finden sich die Tone. Einige Vertreter geologischer Ansichten stellen sich die Entstehung der Tone aus der Zersetzung feldspathaltiger Urgesteine, wie Granit, Porphyr und Gneis, vor. Kohlensäure und Wasser sollen als Zersetzungselemente aufgetreten sein. Andere wiederum behaupten, daß die äußeren atmosphärischen Niederschläge und der Wechsel der Temperaturen mit maßgebend gewesen seien. Kälte, Wärme, das Eindringen pflanzlicher Organismen soll die Zermürbung und den Zerfall des Gesteins allmählich herbeigeführt haben, neben dem Sauerstoff der Luft und der Kohlensäure. So sei nach und nach das heute als reiner Ton oder Kaolin bezeichnete Tonerdehydrosilikat entstanden, dem der Chemiker die Formel $Al_2O_3\,2\,SiO_2\,2\,H_2O$ zuerteilt. Allerdings ist die physikalische Beschaffenheit des reinen Kaolins und auch seine genaue chemische durchaus nicht überall die gleiche. Aus anderen Schichten einwandernde gelöste Bestandteile, wie das z. B. besonders häufig beim Gips der Fall ist, können durch nachträgliche chemische Umsetzung das Auftreten von Schwefelverbindungen im Ton bedingen, sei es schwefelsaures Eisen oder Schwefeleisen. Auch kann das Verwitterungsprodukt unter dem Einfluß von Wind und Wasser auf eine andere Lagerstätte fortgeführt werden und auf dem Wege dahin mancherlei andere Stoffe in sich aufnehmen, so daß allerhand verunreinigte Tonarten miteinander verlagert sind, während an der ursprünglichen Lagerstätte vielleicht ein sehr reines Produkt zurückbleibt.

Zwischen Ton und Kaolin besteht ein Unterschied, dessen Entstehungsweise noch nicht genügend geklärt ist. Möglicherweise ist nur aus ganz bestimmten Granitsorten das Kaolin entstanden. Jedenfalls kann nicht allein das von der Oberfläche in die Tiefe eindringende und mit Kohlensäure beladene Wasser die Entstehung des Kaolins bedingt haben, sondern manche Vertreter einer anderen Ansicht behaupten, daß auch Gasausbrüche und vulkanische Tätigkeit bei der Entstehung der verschiedenen Tonarten stark mitgesprochen haben müssen. Natürlich haben auch die von Anfang an im Tonerdesilikat enthaltenen Verunreinigungen mitgesprochen, wie die Kalk-, Magnesium- und Eisenverbindungen, dann mechanisch beigemengte Gesteinsreste, auch organische Verunreinigungen, wie Kohle und Bitumen. So kommt es, daß jeder Ton sich von dem anderen unterscheidet, und daß eine besondere Behandlung bei den meisten Sorten erforderlich wird.

(Fortsetzung folgt.)



Ursachen und Umfang der Eichsfelder Wanderarbeiterbewegung.

Das Eichsfeld ist ein typischer Bezirk der Arbeiterwanderbewegung. Es umfaßt die Kreise Worbis, Heiligenstadt und einen Teil des Landkreises Mühlhausen.

Die Wanderbewegung, unter der wir nicht die definitive Verlegung des Wohnsitzes verstehen, wird beeinflußt durch die Verteilung des Grund und Bodens, geringen Bodenertrag und durch Ueberbevölkerung.

Nach M. Opfermann, „Das Hausgewerbe im Eichsfelde", Halle 1923, verteilte sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche auf den Großgrundbesitz mit 100 Hektar und darüber in Kreis Worbis mit 18,75 Proz., Kreis Heiligenstadt mit 9,45 Proz. und Kreis Mühlhausen mit 5,86 Proz., während in der Provinz Sachsen auf den Großgrundbesitz 28,43 Proz. der genannten Fläche entfielen. Der größte Teil landwirtschaftlicher Nutzfläche entfällt im Eichsfelde demnach auf Klein- und Kleinstbesitz. Das hat wiederum seine Ursache in der Erbsitte der sogenannten Realteilung.

Die Topographie des Eichsfeldes weist einen für agrarische Nutzung wenig geeigneten Boden nach. Das Land ist obendrein stark hügelig. Infolge der Höhenlage ist das Klima rauh. Der Wassergehalt des Bodens ist gering. Infolge dieser Bodenverhältnisse ist natürlich der Ertrag außerordentlich gering. Nach M. Opfermann betrug der durchschnittliche Reinertrag pro Hektar im Kreis Worbis 18,02 RM. im Kreis Heiligenstadt 15,67 RM und im Kreis Mühlhausen 25,46 RM, während in der Provinz Sachsen der Hektar im Durchschnitt 31,20 RM ergab.

Auf diesem ertragsarmen, in viele Kleinbesitze aufgeteilten Gebiete lebt nun eine Bevölkerung, die sich sehr stark vermehrte. Nach den Volkszählungen zeigten die Kreise folgende Bevölkerungsziffern:

	1871	1910	1925
Worbis	39 883	44 775	48 103
Heiligenstadt	36 705	42 502	46 074
Mühlhausen	50 640	72 644	76 434

Die Bevölkerungsdichtigkeit liegt über dem Reichsdurchschnitt. Infolge des überwiegend agrarischen Charakters des ganzen Gebietes und der eben skizzierten geringen Erträgnisse bei kleinsten Besitzverhältnissen und starker Bevölkerungsdichte wird natürlich ein erheblicher Teil der Einwohner gezwungen, neben der Bearbeitung des eigenen Grund und Bodens noch andere Arbeiten, zum Verdienst von Bargeld, zu suchen.

Natürlich sind der verarmte ländliche kleine Besitzer und seine erwachsenen Familienangehörigen bestrebt, die notwendige anderweitige Erwerbsquelle am oder in nächster Nähe des Wohnortes selbst zu suchen und zu finden. So fand schon Ende des 14. Jahrhunderts die Hausweberei im Eichsfelde Eingang. Diese Heimarbeit machte dann verschiedene Wandlungen durch, bis sie durch die industrielle und technische Entwicklung in Deutschland und durch Gründung eigener Industrien in den ehemaligen Einfuhrländern — was zum Verlust wichtiger ausländischer Märkte führte — ganz bedeutungslos geworden ist. Nach Laufer (zitiert von Molle, Seite 87) waren im Eichsfelde 1892 noch 4362 Hausweber vorhanden, gegenüber 585 im Jahre 1921. Allein in diesen etwa 30 Jahren ein Rückgang um rund 86 Proz.

Die infolge dieser Umwälzung aus dem Geleise handwerksmäßiger Verdienstmöglichkeit herausgeschleuderten Weber suchten nun Arbeit außerhalb der engeren Heimat. Zu Tausenden, zum Teil mit Weib und Kind, suchten diese verarmten Eichsfelder Weber Beschäftigung, zum Teil auf großen Gütern, zum Teil auf Ziegeleien und Zuckerfabriken in den Nachbarprovinzen. Im Jahre 1863 weiß ein Mühlhauser Handelskammerbericht von 5000—6000 solchen Wanderarbeitern zu berichten. Bereits damals mußten die beschäftigungslos gewordenen Hausweber eine unfreiwillige Umschulung durchmachen; aus den Webern und ihren Nachkommen wurden Maurer, Zimmerleute, Dachdecker, Ziegler, um nur einige der wichtigsten neuen Berufe zu nennen. Die weiblichen Arbeitskräfte fanden Beschäftigung nach wie vor in der Landwirtschaft, später in der Konservenindustrie.

Als dann in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts norddeutsche Zigarrenfabrikanten anfingen, in verschiedenen Orten des Eichsfeldes Zweigbetriebe zu eröffnen, konnte dadurch ein gewisses Abstoppen und im Laufe der Zeit ein fast völliges Versiegen der weiblichen Wanderarbeiterbewegung aus dem Eichsfelde erreicht werden. Heute finden unter normalen wirtschaftlichen Voraussetzungen die vorhandenen weiblichen Arbeitskräfte fast ausnahmslos Beschäftigung in der Zigarren- und Wirkindustrie.

Ein Teil der männlichen Arbeitskräfte fand in nächster Nähe in der aufkommenden Kaliindustrie Beschäftigung. Diese Kaliarbeiter sind jedoch keine regelrechten Wanderarbeiter. Zum Teil fahren sie täglich, zum Teil am Wochenschluß vom Arbeits- nach dem Wohnort, um am nächsten Tag bzw. mit Beginn der neuen Arbeitswoche zum Arbeitsort zurückzufahren. Es handelt sich um sogenannte Pendelarbeiter.

Weil das Eichsfeld industriearm ist, können die in der eigenen Landwirtschaft überschüssigen Arbeitskräfte bei weitem nicht im Eichsfeld selbst Beschäftigung finden. Die überflüssigen Arbeitskräfte suchen außerhalb der engeren Heimat Beschäftigung — sie wandern nach wie vor in erheblichem Umfange ab. Dabei bleibt aber der Eichsfelder seinem heimatlichen Wohnsitz treu, d. h. er kehrt in bestimmten Intervallen wieder nach dem Ausgangsorte der Wanderung zurück. Die Dauer der Abwesenheit hängt in der Regel von der allgemeinen industriellen Konjunktur bzw. von den Saisonschwankungen der Industriegruppen ab, die Eichsfelder Wanderarbeiter beschäftigen können.

Aus Familien- und anderen Rücksichten werden deshalb vom Eichsfelder Wanderarbeiter Industrien bevorzugt, die es ihm gestatten, einige Zeit des Jahres zu Hause zu verleben. In erster Linie sind da das Baugewerbe, die Ziegel- und Zuckerindustrie zu nennen.

Im Jahre 1929 waren z. B. nach Feststellung des Arbeitsamtes in Heiligenstadt 1354 Eichsfelder in 198 Ziegeleien, 1252 als Zuckerarbeiter in 74 Zuckerfabriken und 3127 als ungelernte Bauhandwerker (Maurer, Dachdecker und Zimmerleute) in den verschiedensten Gegenden Deutschlands beschäftigt. Durch die Tätigkeit des Arbeitsamtes Heiligenstadt bekommen wir auch interessanten Aufschluß über die Wanderziegelorte bzw. über die Gegenden, die von den Wanderarbeitern bevorzugt werden. Von den genannten drei Arbeiterkategorien wanderten ab in den Bereich des Landesarbeitsamtes:

	Ziegeleiarbeiter	Zuckerarbeiter	Bauhandwerker	insgesamt
Mitteldeutschland	363	270	1100	1733
Sachsen	18	—	3	21
Brandenburg	4	—	169	173
Niedersachsen	450	868	551	1869
Westfalen	103	22	631	756
Rheinland	130	29	333	492
Hessen	286	7	340	633
Nordmark	—	1	—	1
Pommern	—	31	—	31
Bayern	—	24	—	24
insgesamt	1354	1252	3127	5733

(Schluß folgt.)

Bauwirtschaft und Preissenkung. Oder Irreführung der Oeffentlichkeit.

Lohnabbau, das ist das Schlagwort der Unternehmerpresse. Keine Nummer irgendeiner Unternehmerzeitung erscheint, in der nicht in der einen oder anderen Form Stimmung für Lohnabbau und Abbau der sozialen Lasten gemacht wird. Das es die Unternehmer bei ihrer Propaganda nicht so genau mit der Wahrheit nehmen, braucht nicht weiter wundernehmen. Denken sie doch, der Zweck heiligt die Mittel.

Auch die Tonindustrie-Zeitung Nr. 93 vom 20. November d. J. nimmt zu diesen Fragen in einem Artikel „Bauwirtschaft und Preissenkung" Stellung. In diesem Artikel wird ebenfalls für eine Senkung der Löhne um rund 8 Proz. Stimmung gemacht. Eine Preissenkung der Bauten sei nur möglich, wenn eine Senkung der Löhne und Soziallasten erfolge. Gerade in der Bauwirtschaft spiele der Lohnkostenfaktor eine entscheidende Rolle. Im übrigen, so heißt es in dem Artikel, betrage der Lohnanteil am Wirtschaftsprodukt 20 Proz., dagegen betrage der Lohnanteil am fertigen Bauprodukt 60 Proz. Von einem Baufachmann sei folgende Unkostenaufstellung erfolgt, für deren Richtigkeit sie sich allerdings nicht verbürgen könne, sondern die Verantwortung für die Richtigkeit der Berechnung dem Verfasser überlassen müsse. Wer der Verfasser der Berechnung ist, wird allerdings nicht angegeben, so daß man gewisse Zweifel hegen kann, ob in Wirklichkeit der Verfasser überhaupt in der Bauwirtschaft zu suchen ist oder ob der Verfasser nicht in den Kreisen derer um die Tonindustrie-Zeitung zu suchen ist.

Die Aufstellung setzt sich wie folgt zusammen:

Löhne auf der Baustelle	41,3 Proz.
Löhne zur Herstellung der Materialien	20,2 Proz.
Löhne bei der Fracht und Anfuhr	2,0 Proz.
Weitere Kosten für Fracht und Anfuhr	3,3 Proz.
Materialgelder, einschließlich der Kohle	13,7 Proz.
Soziale Lasten, Geschäftsunkosten und Steuern	14,5 Proz.
Unternehmergewinn	5,0 Proz.
	100,0 Proz.

Obige Aufstellung würde die hundertprozentige, also schlüsselfertige Herstellung eines Baues betragen. Das würde bedeuten, daß ein Bauunternehmer an einem Bauprojekt von 100 000 RM oder an 4 Wohnhäusern von je 25 000 RM einen Reinverdienst von 5000 RM haben würde. Trotzdem dies ja auch schon ein gerade nicht sehr schlechter Verdienst ist, so wissen wir doch, und wie auch jeder Fachmann der Bauwirtschaft zugeben wird, daß die Bauunternehmer mit einem Reingewinn von 5 Proz. nicht zufrieden sind und daß der wirkliche Reingewinn bedeutend höher ist. Aber auch in der Aufstellung scheint etwas nicht zu stimmen. Die Löhne auf der Baustelle sollen 41,3 Proz. betragen. Das würde bedeuten, daß die ausgehenden Löhne für Vermauern der Ziegelsteine, Einsetzen der Fenster, Legen der Fußböden, Malerarbeiten, Aufstellung der Heizungskörper, Klempner und Dachdeckerarbeiten das Doppelte betragen würden wie die Herstellung der Mauersteine, Herstellung der Fenster, Herstellung der Fußböden, Herstellung der Materialien für Klempner und Dachdeckerarbeiten. Oder auf eine einfachere Formel gebracht, würde das bedeuten: Wenn für die Herstellung von 1000 Ziegelsteinen an Lohn 12 RM ausgegeben werden, dann müßte für die Vermauerung von 1000 Ziegelsteinen auf der Baustelle an Lohn ausgegeben werden 24 RM. Oder wenn für die Herstellung von Türen und Fenstern in der Werkstatt an Lohn ausgegeben würden 1000 RM, dann müßten an Lohn für das Einsetzen der Türen und Fenster auf der Baustelle ausgegeben werden 2000 RM, weil für Materialgelder, also für Herstellung der Ziegelsteine, Türen und Fenster besonders 13,7 Proz. eingesetzt sind.

Daß derartige Berechnungen sehr große Fehlerquellen aufweisen, ist auf den ersten Blick ersichtlich. Deswegen lehnt auch die Tonindustrie-Zeitung die Verantwortung für obige Aufstellung ab und verweist auf den nicht genannten Fachmann der Bauwirtschaft. Selbst wenn wir die Lohnhöhe mit rund 20 Proz. zur Herstellung der Materialien gelten lassen wollen, was auch noch nicht einmal in allen Fällen zutrifft, so können wir die Lohnhöhe mit rund 40 Proz. auf der Baustelle nicht gelten lassen, einfach deswegen nicht, weil sie nicht zutreffend ist. Die Löhne auf der Baustelle sind mindestens nicht höher zu bewerten als die Lohnhöhe zur Herstellung der Materialen. Wenn dann die 15 bis 20 Proz., die als Lohnhöhe der Baustelle zu hoch angegeben sind, zu dem Gewinn des Unternehmers hinzugerechnet werden, so wird man ungefähr die Gewinnhöhe des Unternehmers erreichen. Mit 20 bis 25 Proz. Gewinn rechnet auch das Bauunternehmertum, um etwaigen Verlusten Rechnung tragen zu können.

Die Tonindustrie-Zeitung denkt auch, der Zweck heiligt die Mittel. So auch in diesem Falle. Es kommt der Tonindustrie-Zeitung ja auch nur darauf an, für den Lohnabbau Stimmung zu machen. In dem Artikel heißt es weiter: Wenn durch Preissenkung der Materialien eine Ersparnis von 4 Proz. und durch Lohnsenkung eine Ersparnis von 8 Proz. erzielt werde, so würde für den deutschen Baumarkt dies eine Entlastung von über 800 Millionen Reichsmark bringen. Als Schlußsatz wird dann hinzugefügt, daß hoffentlich die Gewerkschaften die nötige Einsicht hätten, um den gegenwärtigen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen und ein Entgegenkommen zeigen würden.

Die arbeitende Bevölkerung und besonders die Gewerkschaften können leider dem Unternehmertum in der Frage des Lohnabbaues nicht folgen, weil sie die Begründung für einen Lohnabbau nicht als stichhaltig anerkennen können. Selbst auch dann nicht, wenn ein ehemaliger christlicher Gewerkschaftsführer, der jetzige Reichsarbeitsminister, der gleichen Auffassung ist wie das Unternehmertum, das nur durch eine Lohnsenkung eine Besserung der Wirtschaftslage herbeigeführt werden könne. Von seiten der Gewerkschaften, auch der christlichen, ist im Laufe der letzten Monate mit nicht zu widerlegendem Material bewiesen worden, daß der Weg des Lohnabbaues nicht der richtige ist. Aber wenn die bürgerliche Regierung in Gemeinschaft mit dem deutschen Unternehmertum gegen die Arbeiterschaft eingestellt ist, so haben die Gewerkschaften in ihrem Abwehrkampf einen sehr schweren Stand. Wenn auch immer wieder von jenen Kreisen betont wird, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft nicht gesenkt werden solle, weil ja im gleichen Ausmaße auch eine Preisverbilligung eintreten solle, so fehlt uns der Glaube, daß es der Regierung gelingen wird, eine wirkliche fühlbare Preissenkung derjenigen Verbrauchsgüter, die gerade der Arbeiter braucht, herbeizuführen. Doch warten wir ab.

Konrad Potthast, Detmold.

Stand der deutschen Ziegelindustrie.

In der Vorkriegszeit hatten wir in Deutschland 11 000 Ziegeleibetriebe. Diese Zahl ist auf 5500 bis 6000 Betriebe in der Nachkriegszeit zurückgegangen. Die Verminderung der Zahl der Ziegeleibetriebe hat seine Ursache neben dem Abbruch vieler Ziegeleien in den ersten Jahren nach dem Kriege auch darin, daß größere Gebiete auf Grund des Friedensvertrages von Deutschland abgetrennt wurden. Die noch vorhandenen Betriebe sind besonders in den letzten Jahren nicht voll beschäftigt gewesen. Die Ausnutzung der Betriebe schwankte zwischen 40 bis 70 Proz. Volkswirtschaftlich betrachtet bedeutet dies einen großen Verlust und für die Ziegler kurze Kampagnen, wenig Verdienst und lange Arbeitslosigkeit. Die Gesamtproduktion an Ziegeleierzeugnissen aller Warengattungen betrug durchschnittlich in den letzten Jahren 12 bis 13 Milliarden. Von dieser Zahl waren etwa 1 bis 1½ Milliarden Mauerziegel, ½ Milliarde Dachziegel, ½ Milliarde Hohlziegel und ¼ Milliarde Dränröhren. Das entspricht einem ungefähren Warenwert von 500 Mill. RM.

Unter den Ziegeleien befinden sich Ziegeleien mit einer Jahresproduktion bis 3 Millionen und auch solche bis 6 und mehr Millionen. Am meisten haben sich in Deutschland in den letzten 20 Jahren die Maschinenbetriebe eingebürgert. Wurden doch viele Handstrichziegeleien zu Maschinenziegeleien umgestellt. Wo es eben die Tonaufbereitung ermöglicht, werden keine Handstrichziegeleien mehr errichtet, sondern der Maschinenbetrieb vorgezogen, weil letzterer unabhängig von den Witterungsverhältnissen ist. Wir finden daher auch, daß fünfmal mehr Maschinenbetriebe in Deutschland vorhanden sind als Handstrichziegeleien. Allerdings befinden sich unter den Handstrichbetrieben solche bis zu einer jährlichen Produktion von 20 Millionen. Solche größeren Betriebe finden wir vorwiegend in der Mark Brandenburg. In der deutschen Ziegelindustrie sind etwa 130 000 bis 150 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Die Ausfuhr von Ziegeleierzeugnissen ist bei Mauerziegeln um ⅔, bei Dachziegeln um ⅘ und bei Dränröhren um ¾ zurückgegangen, während sich die Einfuhr ausländischer Ziegeleierzeugnisse im Jahre 1929 gegen 1913 bei Mauerziegeln verdreifacht und bei Dachziegeln verfünffacht hat.

In Ziegeleibesitzerkreisen wird der Rückgang der Ausfuhr von Ziegeleierzeugnissen damit begründet, daß das Ausland infolge geringer Lasten, die auf den Betrieben ruhen, und auch niedrigerer Löhne billiger produzieren könne. Die Ausfuhr würde aber dadurch erschwert, weil rings um Deutschland eine hohe Zollmauer vorhanden sei. Hinzu kämen die Soziallasten, höhere Löhne und die Tarifpolitik der Reichsbahn. Ob diese Argumente richtig sind, wollen wir im Augenblick nicht untersuchen, dies mag einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

Die Organisation der Ziegeleibesitzer ist gut und restlos aufgebaut und durchgeführt. Die Ziegeleibesitzer haben 24 berufsständische Organisationen. Diese gliedern sich in Landes- und Provinzialverbände und in die Fachverbände der Dachziegel- und Hohlsteinindustrie sowie in den Fachverband der Verkaufsvereinigungen. Trotzdem eine starke Gliederung der Verbände vorhanden ist, so sind doch alle im Reichsverband der deutschen Ton- und Ziegelindustrie zusammengeschlossen. Die Spitzenorganisation sowie auch die Landes- und Provinzialverbände bearbeiten wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen und übernehmen die Interessenvertretung ihrer Mitglieder gegenüber Behörden, Körperschaften und anderen Wirtschaftsgruppen. Hinzu kommt noch die fachtechnische Beratung der Mitglieder.

Im Jahre 1927 waren etwa 100 Ziegelverkaufsvereinigungen vorhanden. Diese Zahl hat sich in den letzten Jahren noch erhöht. Trotzdem die Verkaufsvereinigungen sich teilweise nur auf kleinere Gebiete erstrecken, so finden wir aber auch Verkaufsvereinigungen, die ein größeres Gebiet umfassen. In den letzten Jahren waren ja auch Bestrebungen im Gange, die eine stärkere Zentralisierung der Verkaufsvereinigungen befürworteten. Es sei hier nur erinnert an die Bestrebungen, eine Verkaufsvereinigung zu schaffen, die die Gebiete Rheinland, Westfalen bis nach Wiesbaden umfassen sollte. Zur Zeit werden etwa 60 Proz. aller Erzeugnisse durch die Verkaufsvereinigungen erfaßt.

Aus vorstehendem ersehen wir, daß die Ziegeleibesitzer bestrebt sind, ihre Organisation immer besser auszubauen. Die Ziegler sollten daraus die Lehre ziehen, das gleiche zu tun.

Velten.

Den Hilfsarbeitern in der Veltener Kachelofenindustrie ist von seiten der Arbeitgeber der Lohntarif zum 30. September 1930 aufgekündigt worden. 15 Proz. Lohnabzug sollten sich die Kollegen gefallen lassen. Man redete von hohen Löhnen. Diese Behauptung steht mit der Wirklichkeit in Widerspruch, und war selbst dem Schlichter nicht recht verständlich, deshalb kam auch kein Schiedsspruch zustande. Die Firma R. Blumenfeld A.-G. fühlte sich daraufhin berufen, einen Anschlag herauszubringen, der mit sofortiger Wirkung einen Lohnabbau von 15 Proz. vorsah. Darauf traten die Kollegen in den Abwehrkampf. Diese Firma glaubte mit ihrem geradezu üppig ausgestatteten Beamtenapparat durch den geplanten Abzug ihren Betrieb sanieren zu wollen. Wir werden Gelegenheit nehmen, diesen Betrieb etwas genauer zu beleuchten.

Am 24. November kamen die übrigen Betriebe mit ähnlichen Anschlägen, nur mit dem Unterschied, den Lohn um 8 Proz. bzw. 11 Proz. abbauen zu wollen. Auch hier traten die Kollegen daraufhin in den Abwehrkampf. Mit allen Mitteln versuchen die Ofenfabrikanten, Streikbrecher heranzuziehen, was ihnen in einigen Fällen gelungen sein soll; doch war das nicht von langer Dauer. Die Veltener Ofenarbeiter werden dafür sorgen, daß die Absichten dieser Herren zerschlagen werden. Inzwischen stehen auch die Töpfer im Abwehrkampf.

Die Kollegen folgender Firmen stehen im Abwehrkampf: Blumenfeld A.-G., Dol-Kowski, Köhler, Kalaß, Aug. Sensse, Karl Sensse, O. Schmidt, Schünemann, Wollschläger und Zirner. Vor Zuzug wird gewarnt!

Gaue- und Zahlstellen

Gau 5, Konferenz. Kampf dem kommunistischen Wahnsinn.

Am 23. November 1930 fand im Gewerkschaftshaus zu Königsberg i. Pr. eine gutbesuchte Konferenz des Gaues V des Fabrikarbeiterverbandes statt, die sich in der Hauptsache mit den Spaltungsabsichten der KPD. und der Bekämpfung der RGO. befaßte. Vertreten waren alle Zahlstellen. Außerdem hatten sich zahlreiche Funktionäre der Zahlstelle Königsberg als Zuhörer eingefunden. Vom Hauptvorstand war der Kollege Brey erschienen, der zum Hauptthema der Konferenz: „Die Spaltungsversuche der KPD. innerhalb des Verbandes und ihre Abwehr" ein sehr aufschlußreiches Referat hielt. Eingangs seiner Ausführungen überbrachte Kollege Brey den anwesenden Delegierten und Funktionären die Grüße des Hauptvorstandes und dankte ihnen für die Arbeit, die sie bisher auf dem schwierigen Boden in Ostpreußen geleistet haben. Der Hauptvorstand habe volles Verständnis für die überaus schwierige Lage des Gaues Ostpreußen und will helfen, soweit es im Rahmen des Möglichen liegt. Alsdann wendet sich Kollege Brey seinem eigentlichen Thema zu. Nichts zeige die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Moskauer Internationale deutlicher, als der im Jahre 1928 vorgenommene Frontwechsel. Den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern wurde unter Hinweis auf die bisherige falsche Anwendung der „Einheitsfront" die Spaltung der Gewerkschaften zur Pflicht gemacht. Kommunistische Gewerkschaftler, die das Verderbliche einer solchen Handlungsweise einsahen und auch zum Ausdruck brachten, wurden aus der KPD. ausgeschlossen. Diesen Auseinandersetzungen innerhalb der KPD. verdanken wir manches Eingeständnis, das im anderen Falle streng vor der breiten Oeffentlichkeit geheimgehalten worden wäre. Dazu gehört der von dem ausgeschlossenen Galm im Volksrecht veröffentlichte Ausspruch Losowskys in einer Sitzung der Profintern in der ersten Dezemberwoche 1928 in Moskau: Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen. Losowsky hat damit erklärt, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung zerschlagen werden muß, um die Mißerfolge der RGI. zu verschleiern. In Deutschland wird die Spaltung des Verbandes der Fabrikarbeiter vor allem von einem gewissen Steffens schon seit Jahren versucht. Aus dem Glasarbeiterverband wegen seiner Hetze ausgeschlossen, hat er die Spaltung gleich in großzügiger Weise versucht und einen „Verband für die Chemie-, Papier-, Glas- und Keramikarbeiter" gegründet. Das Statut dieses Verbandes sieht im Absatz 9 vor, daß die Mitgliederbeiträge zur Schaffung eines Streikfonds dienen. Darum werden nur Streik- und Maßregelungsunterstützungen gezahlt. Weil man in Rußland die sozialen Unterstützungen abgeschafft hat, braucht auch der deutsche Arbeiter keine mehr. Dieses Verbändchen gibt eine Zeitung heraus, die im „Selbstverlag" von „Erich Steffen", Berlin, erscheint. Dieses Blättchen, von dem bis jetzt vier Nummern erschienen sind, ist von Kopf bis Fuß auf Lügen eingestellt. Kollege Brey gibt ein Beispiel aus Nr. 4 bekannt. Unter der Ueberschrift: „Der Streik ist unsere Waffe" erschien ein Artikel, in dem von einem Vertragsabschluß in der chemischen Industrie die Rede ist. Bei diesem Abschluß sollten die sozialen und bisherigen Gefahrenzulagen bis auf 0,5 Pf. abgebaut, die gleitende Lohnskala nach unten eingeführt worden sein, die Vertragsdauer selbst sollte 2½ Jahre betragen. Weder dem Hauptvorstand noch den Gauleitungen war von einem derartigen Abschluß etwas bekannt. Wohl aber hatte der Arbeitgeberverband einen derartigen Entwurf ausgearbeitet und ihn der Reichszeitung des Herrn Steffen zur Verfügung gestellt, nicht aber dem Verbande der Fabrikarbeiter. Steffen stellt nun in seiner Zeitung die Sache so hin, als wenn der Verband der Fabrikarbeiter diesen Abschluß getätigt hätte, obwohl er wußte, daß dies nicht wahr ist. Also eine faustdicke Lüge.

Wir haben nicht die Parole „Nur der Streik ist unsere Waffe", sondern wir sind der Anschauung, daß überall dort, wo im Verhandlungswege eine Regelung der Verhältnisse möglich ist, diese auch anzustreben und zu erreichen ist. Das spricht das Statut klar und deutlich aus. Die Kritik geht immer von der Voraussetzung aus, daß die Leitung selbstherrlich die Taktik bestimme, das ist nicht war. Die Taktik der Organisation wird bestimmt durch das Verbandsstatut und die herrschenden Verhältnisse. Im § 2, Abs. 1 und 2 des Statuts ist das Ziel des Verbandes klar bezeichnet. Dieses Ziel kann nicht auf einen Hieb erreicht werden, weil die Machtverhältnisse das nicht zulassen. Wäre es aber möglich, so würde kein Mitglied des Vorstandes sich weigern oder sträuben, den Hieb auszuführen. Da es aber Illusion ist, stellen wir so etwas nicht in Aussicht. Der Abs. 3 des § 2 bezeichnet als Zweck des Verbandes Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen der Mitglieder. Dies soll erreicht werden durch Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, deren Festigung und Verteidigung durch Abschluß von Tarifverträgen. Im Statut ist also nicht nur das Endziel des Verbandes klargelegt, sondern auch der nächste Zweck, die Aufgaben für den täglichen Kampf, festgelegt. Das Schlichtungswesen ist 1928, als unser Verbandstag stattfand, Angriffsobjekt der kommunistischen Presse gewesen. Die Parole lautete damals, das Schlichtungswesen muß fallen. Auf dem Hamburger Verbandstag lagen fünf Anträge zur Beseitigung des Schlichtungswesens vor. Drei davon wurden zurückgezogen, die anderen gegen wenige Stimmen abgelehnt. Der § 4 unseres Streikreglements blieb also nach wie vor in Kraft. Was der Verband in bezug auf Lohnbewegungen bisher getan hat, ist in den Satzungen genau vorgeschrieben. Würde der Vorstand den kommunistischen Wünschen Rechnung zu tragen versuchen, so müßte ihm der Prozeß gemacht werden wegen Verstoß gegen das Statut.

Der Redner streifte dann die Taktik der Kommunisten in Rußland und der RGI. überhaupt. Der frühere Vorsitzende der RGI., Losowsky, beklagte sich auf einem Kongreß der RGI. sehr lebhaft über das Unvermögen und die [illegible] kommunistischen Aktivität in den Gewerkschaften. Er erklärt dies mit der brutalen Verfolgung der Kommunisten durch die Reformisten. Aber wann und wo haben derartige Verfolgungen stattgefunden? Nirgends! Unseren kommunistischen Mitgliedern haben wir noch nichts in den Weg gelegt, sie können sich außerhalb des Verbandes betätigen, wie sie wollen, aber innerhalb des Verbandes haben sie sich dem Statut und den Beschlüssen zu fügen. Es ist eine Unwahrheit, daß Kommunisten von uns verfolgt wurden. Wir haben sie ausschließen müssen und werden sie weiter ausschließen, wenn sie innerhalb unserer Organisation kommunistische Parolen vertreten. Es steht fest, daß die Taktik der KPD. die Partei an Mitgliedern nicht gewinnen ließ. Nach der „Prawda" vom 15. Oktober 1930 betrug die Mitgliederzahl der KPD. rund 124 000. In der Tschechoslowakei waren 35 000, in Frankreich 38 000, in England 3200 Mitglieder vorhanden, für Oesterreich und Belgien sind Zahlen überhaupt nicht angegeben. An den Verlusten sind also die Kommunisten selbst schuld bezw. ihre Unklarheit und Unentschiedenheit. So streiten sie heute noch über die Frage, ob man Tarifverträge anstreben soll, will oder kann. Losowsky sagte auf einem Kongreß: „In den Reihen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung herrschen in dieser Frage zwei Abweichungen. Die einen sagen: Unsere Sache ist es, uns mit revolutionärer Agitation zu befassen, mögen die Reformisten sich mit den Tarifverträgen beschäftigen. Die anderen sagen: Da der Tarifvertrag nichts anderes ist als das nur auf dem Papier fixierte Kräfteverhältnis, und da wir für eine Uebertretung des Tarifvertrages eintreten, sobald es für uns von Vorteil ist, so brauchen wir den Tarifvertrag nicht zu beachten; wird es nötig sein, so werden wir streiken. Möge sich mit dem Tarifvertrag befassen, wem es gefällt. Diese beiden Standpunkte sind in gleicher Weise absolut hinfällig." Also Losowsky gesteht hier ein, daß die russische Taktik auf deutsche Verhältnisse übertragen wird? Er sagt dann weiter: „Um die Reformisten zu entlarven, müssen wir in den Ländern, wo wir revolutionäre Verbände haben, es durchsetzen, daß die Tarifverträge von der RGO. abgeschlossen werden, wobei die Verträge möglichst kurzfristig sein müssen. Wir müssen uns für dezentralisierte Tarifverträge aussprechen, die von Tarifausschüssen für einzelne Bezirke, Berufe oder Betriebsgruppen abgeschlossen werden." Wo findet sich ein Unternehmer, der derartige Verträge abschließt. Bei dem Abschluß von Verträgen bestimmen zwei, nicht einer. Bei sinkender Konjunktur sind langfristige Tarife ein Vorteil. Leider hängt es nicht allein von uns ab, wie die Tarife ausfallen, entscheidend ist dabei die Wirtschaftslage. Die Unternehmer wollen heute am liebsten überhaupt keine Tarifverträge mehr abschließen, um beim Lohnabbau freie Hand zu haben. Steffen bietet den Unternehmern Handlangerdienste, denn er will auch keine Tarifverträge, sondern sein Ziel ist der „revolutionäre Streik". Es müssen Streiks nach den Anweisungen der RGI. durchgeführt werden. Nach den Richtlinien, die unter der Ueberschrift „Du mußt wissen" in der „Reichszeitung" erschienen, soll von Organisierten sowie Unorganisierten ganz regellos beschlossen werden, was geschehen soll. Daß dabei betriebsfremde Elemente den ausschlaggebenden Faktor spielen, ist sicher. Für die Kämpfe des Fabrikarbeiterverbandes sind genaue Bestimmungen im Streikreglement niedergelegt. Diese Bestimmungen sind Gesetz und wer diese Bestimmungen bei Arbeitskämpfen nicht beachtet, kann auf Unterstützung nicht rechnen. Aus der Kasse der RGO. sind Unterstützungen auch nicht zu erwarten, denn die Mittel hierzu sollen ja erst gesammelt werden. Dagegen hat der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1929 an Streikunterstützung 175 042 RM bezahlt, daneben haben wir den größten Teil der Lohnbewegungen auch ohne Streik mit Erfolg durchführen können und selbst die Abwehrbewegungen waren zum größten Teil erfolgreich. Man kann das zwar nicht von allen Lohnbewegungen sagen, darüber streiten wir auch nicht. Aber soweit die Möglichkeit bestand, die Dinge durch Verhandlungen zu regeln, ist es geschehen, und auch ohne Arbeitseinstellung ist die Arbeit unserer Organisation von Erfolg begleitet gewesen.

In unseren Unterstützungen haben wir auch einige der Fragen, die unsere Kollegen täglich bedrücken, zu lösen versucht und auch gelöst, ihre Notlage gemildert und behoben. Wir haben das getan, wozu man in Rußland nicht imstande gewesen ist. Es wäre nicht richtig, über die Invalidenunterstützung, die unser Verband leistet, zu schweigen, haben wir doch schon 12 203 Kollegen, die diese Hilfe in Anspruch nehmen. Auf alle diese Hilfe und Unterstützung verzichtet der Kollege, der den Aufforderungen der KPD. Folge leistet und in der RGO. tätig ist oder wird; dem können wir dann nicht helfen. Und auf diese Hilfe sollen die deutschen Kollegen verzichten. Es soll ein Zustand erzwungen werden, der sie außer Recht setzt, auf diese Hilfe zu bauen und dieselbe beanspruchen zu können. Was soll der Zweck dieses Vorgehens sein; sollen die Arbeiter in größeres Elend geraten und zur Verzweiflung getrieben werden, damit die Parole „Weltrevolution" durchgeführt werden kann? Wir möchten unsere Kollegen warnen, solchen Parolen zu folgen. Die Möglichkeit, durch Gewaltputsche das Bestehende umzuwandeln, ist nicht gegeben, und wer den Versuch macht, der wird einen Zustand heraufbeschwören, der sich noch schlimmer und trostloser gestalten wird für sich und seine Familie als bisher.

Wie steht es mit dem Schlichtungswesen in Rußland? Der Allrussische Gewerkschaftsbund macht den Gewerkschaften zur Pflicht, jeden Konflikt durch Schiedsspruch möglichst bald zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen. Tomski erklärte auf dem 14. Kongreß der KPdSU., daß Ausstände in Staatsbetrieben grundsätzlich nicht vorkommen dürfen. Arbeitsstreitigkeiten in solchen Betrieben müssen durch das Einigungs- und Schlichtungsverfahren ersetzt werden. In Privatbetrieben ist zwar jede Art des Kampfes erlaubt, doch soll ein Streik erst durchgeführt werden, wenn das Schlichtungsverfahren ergebnislos verlief. Warum für die anderen Länder eine andere Taktik? Daß die russischen Bonzen mehr Einsicht und Erfahrung als die deutschen besitzen, ist doch kaum anzunehmen. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung blickt auf eine mehr als 40jährige Geschichte zurück, Rußland hat überhaupt noch keine Ueberlieferung. Oder sind etwa die russischen Schlichtungsstellen dem Arbeiter freundlicher gesinnt als wie jene in Deutschland? Das Schlichtungswesen in Deutschland findet den Beifall der Gewerkschaften nicht, aber immerhin ist es in Deutschland noch nicht vorgekommen, daß 44 Proz. aller Anträge der Arbeitnehmer von den Schlichtungsstellen abschlägig beschieden wurden, wie es nach amtlicher Darstellung in Rußland im Jahre 1927 der Fall war. Wir lehnen es ab, uns von Moskau Richtlinien aufstellen zu lassen, für die uns niemals die Ergebnisse nachweisen kann.

Der Redner wandte sich dann der Gestaltung der sozialen Verhältnisse in Rußland zu. Die Kommunisten schimpfen über die Nichtaufhebung der Notverordnungen und machen die SPD. für den Unterstützungsabbau verantwortlich. Ueber ein Jahr hat die SPD. jeden Unterstützungsabbau verhindert. Erst der Regierung Brüning-Stegerwald blieb es vorbehalten, Verschlechterungen durchzuführen. Aber die Kommunisten haben ja gar keine Ursache, sich zu beschweren, denn in Rußland hat man selbst plötzlich die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft. Die russische Telegraphenagentur brachte am 11. Oktober die ungeheuerliche Kunde: Auf Befehl der Regierung ist die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung sofort einzustellen. Gleichzeitig veröffentlichte die „Prawda" vom 11. Oktober den Text dieser Verordnung. Danach erfolgt die Einstellung der Auszahlungen von Unterstützung sofort, für das Vierteljahr Oktober/Dezember 1930 sind im Budget Mittel für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nicht mehr vorgesehen. Ferner sind die Arbeitslosen für alle Arbeiten zu verwenden, denen sie zugewiesen werden und endlich wären keinerlei Motive der Ablehnung einer zugewiesenen Arbeit anzuerkennen, außer durch Krankenhausschein bestätigte Erkrankung. In der Begründung dieser Verordnung wird gesagt, daß es in Rußland eine Arbeitslosigkeit nicht mehr gäbe, weil in der Industrie noch viele Arbeitskräfte benötigt würden. Durch die Verordnung wird praktisch die Zwangsarbeit in Rußland eingeführt, denn nimmt ein Arbeitsloser die ihm zugewiesene Arbeit — und sei sie 500 oder 1000 Kilometer von seinem Wohnort entfernt — nicht an, so wird er von den Arbeitsbörsen gestrichen.

Der Zerfall will es, daß in der gleichen Nummer der „Roten Fahne", in der mit Begeisterung von der Einstellung der Unterstützungszahlungen in der Sowjetunion gesprochen wird, ein Artikel über die sozialpolitischen Pläne des Ministers Treviranus erschien. Dieses Sorgenkind der Regierung Brüning schwärmt dafür, daß die Arbeitslosenunterstützung in Wegfall kommt und dafür die Arbeitspflicht eingeführt wird. Die „Rote Fahne", die diesen Artikel veröffentlichte, spielte dabei die Entrüstete. Wenn aber in Rußland, dem Vaterland aller Werktätigen, die Zwangsarbeit eingeführt wird, so ist das ganz in der Ordnung.

Kollege Brey wies dann noch darauf hin, daß auch die Nazis und der Stahlhelm nach berühmtem kommunistischen Muster versuchen, in den Gewerkschaften sowie in allen Arbeitervereinen Zellen zu bilden. Die Gelben versuchen, in den Betrieben Einfluß zu gewinnen. Daß diese Bestrebungen nur vorgetäuscht werden, um die Arbeiter für den Nationalismus einzufangen, ist aus den Reden prominenter Führer ersichtlich. Als Goebbels gefragt wurde, wie er zum Sozialismus stehe, da antwortete er, dieser sei ihm nur Mittel zum Zweck. Als Otto Strasser seinen Vorgesetzten Hitler fragte, wie er sich zum Sozialismus stelle, da sagte dieser wörtlich: Diese Leute (Sozialisten) haben ja keine Ideale, sie wollen nur Brot und Spiele. Hitler tritt nicht ein für Gleichberechtigung, sondern für den Standesstaat. Die Arbeiter könnten im Staat ein Amt nicht ausüben, es seien denn geborene Genies. Diese würden aber alle hundert Jahre nur einmal geboren. Also von dieser Seite haben die Arbeiter keine Hilfe zu erwarten. Der Faschismus ist nicht imstande, die Krisen zu beseitigen und die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern, dazu fehlen ihm alle Voraussetzungen. In Italien wirken sich die Folgen der Weltkrise genau so aus wie in Deutschland.

Durch den Nationalismus kann ein verlorener Krieg nicht ungeschehen gemacht werden. Internationale Verpflichtungen, wie wir sie im Young-Plan übernommen haben, müssen erfüllt werden. Die Gewerkschaften streben eine Revision der Verträge an. Sie kann aber nicht erreicht werden durch Drohungen und große Worte, sondern nur durch Verhandlungen kann eine andere Einstellung der internationalen Welt erreicht werden.

Den Spaltungsbestrebungen von rechts und links müssen wir unser volles Augenmerk zuwenden. Es sind nicht die ersten Spaltungsversuche. Bereits dreimal wurde es versucht und immer knüpfte sich ein Streik daran. In Ludwigshafen kamen die Kollegen, die den kommunistischen Parolen folgten, in das tiefste Elend. Mit tränenden Augen erzählten sie, daß sie ihren besten Hausrat nach dem Leihhaus bringen mußten, um über die schlimmste Not hinwegzukommen. Wir konnten ihnen nicht helfen, unsere Warnungen hatten sie in den Wind geschlagen. Ebenso war es im Leunawerk und in bayrischen Betrieben. Wir haben die Leute gewarnt und auf unser Statut verwiesen. Aber da traten die Sendboten Moskaus auf und erklärten: Es gibt noch eine andere Hilfe, und diese Hilfe ist Generalstreik mit anschließender Weltrevolution. Da war natürlich alles Reden vergebens. Das Ergebnis war eine schimpfliche Niederlage, ein kläglicher Zusammenbruch, eine bedeutende Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wer einen derartigen Zusammenbruch nicht erleiden will, der bleibe der Fahne der Organisation treu, der helfe mit an dem Auf- und Ausbau des Verbandes. Wer aber unsere Warnungen nicht befolgt, sondern den Spaltern ein williges Ohr leiht, wer glaubt, der RGO. seine Kräfte zur Verfügung stellen zu müssen, der muß dann auch die Konsequenzen ziehen und sich der Gefahr des Ausschlusses aussetzen.

Nach einer regen Diskussion, an der sich Redner aus allen Zahlstellen beteiligten, wurde gegen zwei Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die am 23. November im Gewerkschaftshause in Königsberg (Pr.) tagende Konferenz lehnt nach einem erschöpfenden Referat durch den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Brey, einmütig die Spaltungsabsichten der KPD. und der Roten Gewerkschaftsopposition ab. Die Teilnehmer der Konferenz verpflichten sich, in ihren Zahlstellen mit allen Mitteln für die Einheit des Verbandes sowie der gesamten Arbeiterbewegung einzutreten. Hände weg von der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung."

Im weiteren Verlaufe der Konferenz wurden noch organisatorische und agitatorische Verhältnisse im Gaugebiet besprochen und der Gauleitung eine Anzahl Wünsche unterbreitet. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden Drews konnte die Konferenz um 16 Uhr geschlossen werden.

Leverkusen. Frauenversammlung.

In der IG.-Farbenindustrie A.G. sind zur Zeit 9232 Arbeiterinnen beschäftigt, davon entfallen auf Leverkusen 1300, die vorwiegend in der Pharmazeutischen Abteilung beschäftigt werden. Das ist gewiß eine stattliche Zahl, sie würde genügen, eine einflußreiche Arbeiterinnen-Sektion im Verbande der Fabrikarbeiter zu bilden, wenn, — ja, wenn die Arbeiterinnen organisiert wären. Es ist ja so unendlich schwer, die Arbeiterinnen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Flugblätter werden oft mit geringschätzender Miene abgewiesen, wenn sie angenommen werden halten es die Arbeiterinnen oft nicht für notwendig, sie zu lesen. In Betriebsversammlungen kommen sie überhaupt nicht, und bei Betriebsratswahlen verhalten sie sich passiv.

So ist es bei uns in Leverkusen. Trotzdem sind immer [illegible] Versuche unternommen worden, den Organisationsgedanken bei den Arbeiterinnen zu wecken. Einen Versuch eigener Art, an die Arbeiterinnen heranzukommen, unternahmen wir am 30. November. Die Arbeiterinnen wurden zu einem Unterhaltungsabend eingeladen, und siehe da, das Jungvolk, Männlein und Weiblein, das sonst in keiner Versammlung zu sehen ist, war zahlreich erschienen. In der Mitte der Veranstaltung stand die Kollegin Hammert-Hannover mit ihren eindringlichen Worten, gerichtet an die werktätigen Frauen. Mit einer erfreulichen Aufmerksamkeit und Ruhe hörten die Anwesenden die aufrüttelnden Worte der Rednerin, die das Frauenleben im Zeitalter der Industrie und der Rationalisierung und die Erwerbsnotwendigkeit der weiblichen Familienangehörigen der Besitzlosen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in klarer und verständlicher Weise schilderte. Der folgende starke Beifall bewies, daß die Rednerin verstanden worden war. Wir haben die Hoffnung, daß der Samen, der in dieser eigenartigen Versammlung gestreut wurde, aufgehen wird. Der Organisationsgedanke muß erst geweckt werden, dann wird auch die Tat folgen, der Anschluß an den Verband. Im Anschluß an die Rede wurden die Verbandsjubilare besonders geehrt. Die Kollegen Paul Schäge und Christ. Lehmeier übernahmen aus den Händen des Kollegen Stortz die Ehrenurkunde des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. In guter Harmonie, nach fröhlichem Humor und Lustigkeit des Jungvolks, bei neugefestigter kollegialer Verbundenheit, wurde die Werbeveranstaltung des Verbandes beendet.

Estor

Gau 7, Zahlstellenleiterkonferenz.

Der Gau 7, Sachsen, hielt am 22. und 23. November 1930 in Riesa i. Sa. eine Zahlstellenleiterkonferenz ab, auf der 28 Zahlstellen mit 89 Delegierten, sowie acht Delegierte des Gauvorstandes und Gaubeirates, und die Kollegen Nenninger vom Keramischen Bund (Charlottenburg) und Adler vom Hauptvorstand (Hannover) vertreten waren.

Die Konferenz hatte sich angesichts des Tiefstandes der deutschen Wirtschaft und der vorhandenen Depression in der gesamten Weltwirtschaft mit ihren traurigen Folgen für die Arbeiterschaft nicht nur mit den geschäftlichen Fragen im Gau, sondern vor allem auch mit den Ursachen, Wirkungen und der Behebung dieser Krise, sowie mit Fragen der Interessenvertretung der Arbeiterschaft in den Betrieben zu beschäftigen. Deshalb standen die beiden Referate: „Wandlungen, Fehlerquellen und Stand der deutschen Wirtschaft", gehalten vom Kollegen Nenninger (Charlottenburg) und „Betriebsräte und Gewerkschaften", Kollege Adler (Hannover) im Brennpunkt der Tagung.

Die vom Kollegen Hüppner erstatteten geschäftlichen Mitteilungen und Beschlüsse betr. Entschließung des Hauptvorstandes und der Gauleiterkonferenz in Hannover, Filmvorführungen im Gau, Förderungen der Agitation, sowie der finanzielle und organisatorische Stand der Organisation wurden nach kurzer Diskussion zur Kenntnis genommen.

Dem ersten Verhandlungstag schloß sich eine Vorführung des Verbandsfilmes „Aufstieg" in den Abendstunden an.

Der zweite Verhandlungstag brachte ein außerordentlich wirkungsvolles Referat des Kollegen Nenninger über „Wandlungen, Fehlerquellen und Stand der deutschen Wirtschaft". Kollege Nenninger schilderte an Hand eines außerordentlich reichhaltigen Zahlen- und statistischen Materials, sowie an Hand von wirtschaftlichen Beispielen die Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrise in Deutschland, ihre Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt und auf den Lebensstandard der Arbeiterschaft. Er kennzeichnete besonders die krisenverschärfenden Wirkungen, wie sie die Geldmarktverschiebung, die Kriegsfolgen, die fortschreitende Industrialisierung früher rein agrarischer Länder und die Anteilsveränderung im Welthandel für Europa mit sich brachte. Auf Deutschland übergehend behandelte der Referent die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im letzten Jahrzehnt an Hand der bekannten statistischen Ermittlungen, hob vor allem die Fehlerquellen der Landwirtschaft und des Handels hervor und stellte die Wirtschaftsforderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Schluß in den gebührenden Vordergrund. Nach einer Aussprache, in der vor allem gewünscht wurde, das vom Kollegen Nenninger verwendete Zahlenmaterial möchte den Funktionären in einer Broschüre oder in einer Vortragsdisposition übermittelt werden, wurde folgende Entschließung von der Konferenz einstimmig angenommen:

„Die am 22. und 23. November 1930 in Riesa tagende Zahlstellenleiter-Konferenz des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlandes, Gau 7, stellt sich hinter die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten Richtlinien in bezug auf die schließliche Aufhebung der Reparationsverpflichtungen, die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die 40-Stundenwoche, das Erhalten der Reallöhne, die Angleichung des deutschen Preiskegels an die Weltmarktpreise, die Bekämpfung unwirtschaftlicher Preisbindungen, die Förderung einer zeitgemäßen Umstellung der Landwirtschaft, den Kampf gegen die Uebergewinne des Zwischenhandels, den Kampf gegen den heutigen Zunftgeist der Innungen und die Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses.

Die anwesenden Delegierten werden in ihren Zahlstellen und Betrieben dafür Sorge tragen, die Arbeiterschaft in diesem Sinne aufzuklären, um sie zu veranlassen, gemeinsam mit den Gewerkschaften den Kampf zur Erreichung des gesteckten Gewerkschaftszieles aufzunehmen.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft muß alle Zersplitterungsversuche der KPD. und der Nazis mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Nur wenn die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gewahrt bleibt, ist es möglich, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Die anwesenden Delegierten verpflichten sich, in diesem Sinne tätig zu werden."

Zu Punkt 3 der Tagesordnung „Betriebsräte und Gewerkschaften" berichtet Kollege Adler (Hannover). In seinem Vortrag streifte er vor allen Dingen die Entstehungsgeschichte der Betriebsvertretung und skizzierte die Wichtigkeit der dem Betriebsrat gestellten Aufgaben. Er lenkte vor allem das Augenmerk der Konferenz auf die Wichtigkeit der Wahlen und wies auf die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses 1925 zur Einleitung der Wahlen hin.

An Hand von zahlreichen Beispielen wurde nachgewiesen, welche Auswirkungen das Arbeiten der Betriebsvertretungen in ihrem Aufgabenkreis in den Betrieben gezeitigt hat. Die Wahlen für 1930 zeigten trotz eines nominalen Rückganges der Zahl der Betriebsratsmitglieder einen mit 20 599 freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitgliedern gegen 135 Christen und 46 Hirsch-Dunckersche überragenden Einfluß der freien Gewerkschaften.

Vom Kollegen Siegmund (Chemnitz) und Nickel (Heidenau) wurde besonders auf den ungenügenden Schutz des Gesetzes bei Entlassung von Betriebsratsmitgliedern vor allem in den Ziegeleien und bei Aufstellung von Kandidatenlisten hingewiesen. Diese Frage wurde vom Kollegen Adler dahingehend beantwortet, daß es sich die Gewerkschaften zum Ziele gemacht haben, das Gesetz an sich verbessern zu helfen, daß diese Frage aber an der politischen Konstellation des Parlamentes vorläufig scheitere.

Unter allgemeinen Verbandsangelegenheiten wurde vom Kollege Schumann (Leipzig) die Beseitigung der Unklarheiten bei Beitragsleistung von Altersinvaliden und bei Berechnung des Sterbegeldes verlangt.

Kollege Jeromies (Bautzen) trat besonders für die gleiche Behandlung der Schwerbeschädigten und Altersinvaliden wie arbeitende Mitglieder bei Beitragsleistung ein und wies auf die organisatorischen Schäden hin, die bei der jetzigen Behandlungsweise den Zahlstellen erwachsen.

Adler (Hannover) gab der Konferenz ein umfassendes Bild, wie sich die Invalidenunterstützung in unserem Verband auswirkt und hob die Bestimmungen des Statutes hervor, nach welchen verfahren werden müsse. Jedenfalls werde sich der Verbandstag mit einer Aenderung dieser Bestimmungen des Statuts beschäftigen müssen.

Die auf Grund der großen Arbeitslosigkeit in Sachsen herausgegebenen Richtlinien der sächsischen Regierung zur Milderung und Behebung der Arbeitslosigkeit wurden vom Kollegen Schumann (Leipzig), Tempel (Freiberg), Hüppner (Dresden) in ihrer Entstehung und Auswirkung behandelt, wobei die Frage der Entlassung von Doppelverdienern eine geteilte Meinung der Delegierten zu Tage treten ließ.

Zum Schluß der Konferenz wurde beschlossen, den Tagungsort der nächsten Zahlstellenleiterkonferenz dem Gauvorstand zu überlassen.

Richard Mager.

Flugblatt gegen die RGO.

Der Hauptvorstand hat beschlossen, gegen die gewerkschaftszerstörende und arbeiterfeindliche Tätigkeit der KPD. durch ihre Untergruppe, die sogenannte RGO. (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) ein Flugblatt herauszugeben. Das Flugblatt liegt versandfertig beim Hauptvorstand, und werden die Zahlstellenleitungen ersucht, ihren Bedarf mitzuteilen.

Die Bestellungen müssen unverzüglich erfolgen, damit im Bedarfsfalle der noch stehende Satz benützt und die Auflage erhöht werden kann.

Stade-Hemmoor. Mitgliederversammlung.

Am 29. November d. J. fand im Saale des Gewerkschaftsheims in Stade eine Mitgliederversammlung des Bezirks Stade statt. Der Geschäftsführer Kollege W. Milius eröffnete die Versammlung mit der Bekanntgabe der Tagesordnung. Zum 1. Punkte erhielt Kollege Karl Thiemig (Hannover) das Wort zu seinem Vortrag.

Fabrikarbeiter-Verband und Wirtschaftskrise.

An die Arbeiterschaft aller Länder, am meisten aber an die deutsche, werden heute außerordentlich hohe Anforderungen gestellt: Der Weltkrieg hat eine Wirtschaftskrise hervorgerufen, unter der nicht nur die besiegten Staaten, sondern mit Ausnahme Frankreichs auch die Siegerstaaten leiden. Das Unternehmertum sucht überall die Folgen dieser Krise auf die Kreise der Arbeitnehmerschaft abzuwälzen, die in dem Abwehrkampf dagegen durch die Zersplitterung in ihren eigenen Reihen leider ungeheuer geschwächt werden. Das Kapital hat durch die Presse und durch das Instrument der Unterrichtsanstalten ein vorzügliches Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und auf diesem Wege auch des Staates. Dieser wird infolgedessen wieder zur Stärkung der wirtschaftlichen Macht des Kapitals benutzt. Daß die Arbeiterschaft dabei selbst mithilft, erreicht das Unternehmertum, indem es nach dem Motto „teile und herrsche" in den Reihen der Arbeitnehmer Zwietracht und Zersplitterung trägt. Die stärkste Schwächung der Gewerkschaften wurde durch die Inflation bewirkt. Auch in der jetzigen Krise erleben wir eine Stagnation unserer Bewegung, die einem Rückschritt gleichkommt. Dazu kommt, daß mit dem Reichstag nicht zu regieren ist, also eine Diktatur angewendet wird, die sich natürlich gegen die Interessen der Arbeiterschaft richtet. Es gilt deshalb, unsere Organisationen zu stärken, sowohl die politischen als die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und kulturellen. Unser Einfluß auf die öffentliche Meinung muß verstärkt werden, unsere Presse gefördert werden. Zu allem ist Werbearbeit erforderlich, an der sich die gesamte Mitgliedschaft beteiligen muß. Vorbedingung ist: Vertrauen zur Organisation, und dazu muß man wissen, was die Organisation will und was sie kann, welches die Ziele, die Aufgaben und die Forderungen der Gewerkschaften sind.

Der Redner wies dann an Hand verschiedener Daten, wie die Bewegung der Organisation der Arbeiterschaft trotz mancher Rückschläge doch in aufsteigender Linie verläuft. Der Zusammenbruch des Krieges schuf teilweise andere Grundlagen des Kampfes. Die Republik gab uns in der Weimarer Verfassung mit vielen anderen auch die größte Entfaltungsmöglichkeit für die Gewerkschaftsbewegung. Heute müssen wir sagen: Je größer die Bewegung, um so höher die Aufgaben. Erst jetzt bei einer Mitgliederzahl von einer halben Million kann der Fabrikarbeiterverband vorstoßen. Arbeitszeit, Arbeitsschutz und Lohn sind die Gebiete unseres Wirkens. Wir verlangen heute auch, daß die Arbeiterschaft teilhat an den Auswirkungen der Rationalisierung. Wir müssen uns klarmachen, daß in der heutigen Form die Rationalisierung nur ein Zeichen einer Uebergangszeit ist. Was es bedeutet, sich den Zeichen der Zeit zu verschließen, sehen wir an den Mittelständlern, die vergebens versuchen, die Entwicklung zurückzudrehen. Wir fordern Ankurbelung der Wirtschaft durch höhere Löhne und durch Arbeitszeitverkürzung. In Amerika hat man damit die besten Erfahrungen gemacht. Daß man in Deutschland den umgekehrten Weg gehen will, wird sich immer mehr rächen. Wir müssen dagegen auftreten, aber das können wir nur bei Stärkung der Gewerkschaften. Unsere Erfolge sind doch da: die Tarifverträge! Die Wirtschaftsverfassung hat uns 1918 das Mitbestimmungsrecht gegeben, aber bei der herrschenden Zersplitterung in der gewerkschaftlichen Bewegung können wir es nicht anwenden. Die Organisation der freien Gewerkschaften muß wachsen und dazu muß geworben werden. Wenn wir die öffentliche Meinung mehr für uns gewinnen, können wir auch mit Aussicht auf Erfolg vor die Unternehmer treten und sagen: Ihr habt zwar das Kapital und die Produktionsmittel, ihr könnt den Absatz bewerkstelligen, aber für die Produktion braucht ihr uns! Seit 40 Jahren nennen die Unternehmer die sozialen Lasten „untragbar", und ebensolange ist die Wirtschaft mit Unterbrechungen im Emporsteigen. Wenn heute auch viele kleine Betriebe ausgeschaltet sind und noch weiter werden, die Rentabilität der Gesamt-Industrie ist gewachsen. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit hat der Internationale Gewerkschaftskongreß die 44-Stunden-Woche beschlossen, der ADGB.-Ausschuß fordert die 40-Stunden-Woche, in der chemischen Industrie ist der Uebergang von der 56-Stunden- zur 48-Stunden-Woche in Vorbereitung, aber die Durchführung dieser Forderungen ohne Verringerung der Löhne ist wiederum von der Stärke der Gewerkschaften abhängig. Darum Werbung!

Der Fabrikarbeiterverband hat im vergangenen Jahre rund 6½ Millionen Unterstützungsgelder ausgezahlt, im ersten Halbjahr 1930 sogar 4 500 000 RM. Das bedeutet eine ganz bedeutende Fürsorgetätigkeit.

Presse, Stimmzettel und Organisation werden von der Arbeitnehmerschaft viel zu wenig richtig angewendet. Sonst müßten wir jetzt ganz anders eingreifen können. Die ganze internationale Wirtschaft ist doch im Fluß, in Bewegung. Daraus müssen wir neue Erkenntnisse ziehen. Bei aller Gültigkeit unserer alten Lehren dürfen wir nicht starr am übernommenen System hängen. Und Träume von einem neuen Messias und von einer Weltrevolution bringen uns nicht vorwärts. Wir haben unseren Weg zu gehen, mag er noch so weit und rauh sein.

Eine Diskussion ergab sich nicht. Nachdem Milius noch die für Stade in Frage kommenden Zahlen für die Weihnachtsunterstützung genannt hatte, erfolgten zum Punkt Verschiedenes noch ein paar Mitteilungen über in Aussicht stehende bezw. bereits festgelegte Lohnabbau-Verhandlungen. Die Zementfabrik in Hemmoor will den Betrieb stillegen wegen „Unrentabilität" . . . bei 15 Proz. Dividende. Kommentar überflüssig. Auch diese Drohungen beweisen die unbedingte Notwendigkeit, die Organisation zu stärken.

Die Versamlung wurde kurz nach 22 Uhr geschlossen.

Am 30. November d. J. fand für den Bezirk Hemmoor in Warstade vormittags eine ähnliche Versammlung mit dem gleichen Referenten statt, die auch einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte.

Gau 13, Frauenkonferenz.

Am 30. November tagte die 2. Frauenkonferenz in Frankfurt a. M. Außer den 58 delegierten Funktionärinnen waren auch aus den meisten Zahlstellen noch Kollegen vertreten. Von der Gauleitung waren die Kollegen Bruns und Rühl und vom Hauptvorstand die Kollegin Zammert anwesend.

Nach herzlichen Begrüßungsworten eröffnete Kollege Bruns gegen ¼11 Uhr die gut beschickte Konferenz. Sodann erteilte er der Kollegin Zammert das Wort zum ersten Tagesordnungspunkt: „Die Frauenfrage als gewerkschaftliches Problem". Die Referentin führte ungefähr aus: Mehr als je muß es uns darauf ankommen, die erwerbstätigen Frauen und Mädchen mit dem Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation vertraut zu machen. Das ist aber jetzt besonders auch die große Aufgabe, die den Funktionärinnen unserer Organisation gestellt ist. Es darf auch von den Frauen nicht verkannt werden, daß die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen sehr stark abhängig ist vom politischen Einfluß der Arbeiterschaft in den Parlamenten und sonstigen Körperschaften. Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß noch viel Aufklärungsarbeit notwendig ist, die Frauen auch von der Bedeutung und Tragweite des gewerkschaftlichen und politischen Tageskampfes zu überzeugen. Selbstverständlich stehen in den wirtschaftlichen Notzeiten, wie wir sie durchleben, die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt, weil immer mehr Frauen durch die Arbeitslosigkeit des Mannes zum Mitverdienen gezwungen werden. Die Fabrikarbeit wird dabei bevorzugt, denn neben größerer Freizügigkeit hat sie den Vorteil, daß zumeist geordnete Arbeitsverhältnisse und tariflich geregelte und gesicherte Löhne vorhanden sind, sowie Arbeitsrecht und Arbeiterschutz mehr eingehalten werden. Die Gewerkschaften kämpfen schon immer um bessere Frauenlöhne und um ausgebauten Arbeiterinnenschutz und sorgen für Erhaltung des Erreichten. Aber nicht immer haben die Kolleginnen die große Aufgabe erkannt, in den Gewerkschaften selbst mitzukämpfen. Nach eingehenden Ausführungen über das prozentuale Verhältnis der weiblichen Beschäftigten in den Industrien unseres Organisationsbereiches und über die Tätigkeit des Verbandes auf lohn- und kulturpolitischem Gebiet erinnert die Referentin daran, wie schwer es früher war, den Arbeiterinnen den Weg zur Organisation freizumachen, und daß es heute um so dringender ist, durch größere, aktive Anteilnahme am Gewerkschaftskampf mitzuhelfen, die Zukunftsaufgaben zu lösen.

Eine rege Diskussion, an der sich 6 Kolleginnen und 6 Kollegen beteiligten, schloß sich an die Ausführungen der Kollegin Zammert. Das Thema Akkordarbeit fand eingehende Betrachtung. Die Frage der gewerkschaftlichen Bedeutung unserer Presse wurde ebenfalls besprochen, auch das Gebiet „Doppelverdiener" behandelt unter Zugrundelegung des notwendigen gewerkschaftlichen Grundsatzes, wie auch der sozialen Erfordernisse.

Zum 2. Punkt sprach Kollege Bruns über die Arbeiterinnenkommission, die zum Zwecke der intensiven Agitation notwendig geworden sei. Kollegin Zammert teilte einige Erfahrungen aus anderen Gauen mit. Es wurde dann auch beschlossen, die Gau-Arbeiterinnenkommission zu bilden. Die Kolleginnen, die dieser Kommission angehören sollen, werden in den Zahlstellen gewählt und sobald als möglich der Gauleitung mitgeteilt.

Sicher sind wir auch damit wieder einen Schritt weitergekommen. Die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit und die unbedingte Notwendigkeit verstärkter gewerkschaftlicher Propaganda zwingen uns, alle nur möglichen Kräfte einzusetzen.

Der Schluß der Tagung ergab, daß Gau 13 ebenfalls Fortschritte in der Frauenbewegung durch Belebung der weiblichen Funktionärtätigkeit erreichen und alle Maßnahmen zur Vorbereitung der Winter- und Frühjahrsagitation treffen wird.

Literarisches.

Peter Riß: „Stahlbad Anno 17". ein Kriegsbuch, erschienen beim Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf. Preis gebunden 8 RM, kartoniert 6 RM. — Ein junger, im Jahre 1917 eingezogener Achtzehnjähriger schildert in dem Buch das Soldatenleben jenes Schreckensjahres aus Deutschlands „größter Zeit" so, wie es Wirklichkeit war, ohne Schminke, ohne Verbrämung. Alle, die das mit erlebten, müssen, wenn sie ehrlich sind, die Darstellungen Riß' bestätigen. Genau so hat es sich zugetragen. So ging es den Soldaten. Das ist Wahrheit. So entartete das System Militarismus. Man kann Riß dankbar sein, daß er den Militarismus — nicht nur den deutschen — in seinem Wirken so wahrheitsgetreu den Nachkriegsgenerationen überlieferte. Mütter, lest das Buch und gebt es euren Kindern, ihr leistet damit der Menschheit den besten Dienst. Es sollte von allen Zahlstellenbüchereien gekauft werden und dann von Arbeiterfamilie zu Arbeiterfamilie wandern, gerade jetzt, wo politische Parteien bestrebt sind, die jungen Menschen in ähnlicher Weise zu „erziehen" und zu ihren politischen Zwecken zu mißbrauchen. Es ist erfreulich, daß Riß seinem wahren Kriegsroman eine Tendenz gibt, und zwar die Tendenz, das System mit seiner Menschenschinderei und -quälerei zu kennzeichnen, so wie es in Wirklichkeit war. Aus der Darstellung kann man auch entnehmen, daß es zum Zusammenbruch kommen mußte, weil das System und die Kriegswirkungen seelisch einfach von den Menschen nicht mehr zu ertragen waren. Die Korporale, die Feldwebel und die Leutnants in Riß' Buch haben durch ihr Verhalten nicht wenig dazu beigetragen. Dem Werk ist weiteste Verbreitung zu wünschen, weil es mit seinen Schilderungen Menschen aufrüttelt, den Kriegshetzern aller Art den Kampf anzusagen. E. N.

Die Arena. Der stets von einem leidenschaftlichen Orchestergewitter begleitete Auftritt des Stierkämpfers in der Oper „Carmen" hat diesem Beruf auch bei uns etwas Heroisches und Romantisches gegeben. Der Stierkämpfer, wie er in Wirklichkeit ist, wird uns in einem Roman gezeigt, der jetzt als Dreimarkband bei der Büchergilde Gutenberg erschienen ist: „Die Arena" von Vicente Blasco Ibanez. Der große realistische Romancier des modernen Spanien hat der Figur des Stierkämpfers die glänzende Uniform, den Zauber der Tollkühnheit und die Sehnsucht nach der Trunkenheit des Massenbeifalls gelassen. Er zeigt aber auch, wie dieser Sohn eines Flickschusters als vagabundierender Torero in der Provinz beginnt, wie er durch Verwegenheit und Glück Matador wird, wie er aber dabei von einer Arena in die andere gejagt wird und wie bei 72 Stiergefechten in einem Jahr alle Romantik zum Teufel geht. In Wirklichkeit ist dieser Liebling der Menge der Sklave der Menge, und das Hosianna verwandelt sich schnell in ein höhnisches „Kreuziget ihn!", als der Matador infolge einer Verwundung und der dann nicht mehr von ihm lassenden abergläubigen Furcht seine alte Verwegenheit einbüßt. Da er den Schimpf auswetzen muß, stürzt sich der Stierkämpfer blindlings ins Verderben. Mit aufgeschlitztem Bauch wird er aus der Arena getragen. Die Sensationslust der Menge hat ihr Schauspiel. In Wirklichkeit ist sie die einzige, die wirkliche Bestie der Arena. — Das außerordentlich erlebnisstarke und temperamentvoll geschriebene Buch weist alle Eigenschaften eines Schriftstellers auf, der, selbst ein Spanier, nie gezögert hat, seinem Volke ein getreues Spiegelbild entgegenzuhalten.

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziffer 3a des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle **Hamburg:** Hans Säga, Buch-Nr. 1 078 566, Robert Heinz, Buch-Nr. 1 000 904; ferner gemäß § 14 Ziff. 3a in Verbindung mit § 14 Ziff. 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle **Fürth i. Bay.:** Michael Rippel, Buch-Nr. 42 308; sowie auf Grund des § 14 Ziff. 3a in Verbindung mit § 14 Ziff. 5 die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle **Mainz:** Peter Schwalbach, Buch-Nr. 742 767, Ludwig Geins, Buch-Nummer 462 150, Georg Hager, Buch-Nr. 896 964; ferner gemäß § 14 Ziff. 3c des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle **Wittenberg:** Erich Sando, Buch-Nummer 875 870, Wilhelm Appelt, Buch-Nr. S II 732 086.

Arbeitsmarkt.

(Inserate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)

Tüchtiger **Formenmacher**, eingearbeitet auf alle einschlägigen Arbeiten in Hohl- und Beleuchtungsglas, sucht Stellung. Anfragen an Fabrikarbeiter-Verband Döbern (N.-L.).

UNTERHALTUNG u. WISSEN

Vorher — Hernach.

Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Doch zuletzt hatte der Meister gedrängt und gebohrt, Andreas aus dem Grübeln aufgeschreckt und dieses und jenes wissen wollen. Andreas behalf sich gewandt, indem er Schnurren, Quartiererlebnisse, Schilderungen von Land und Menschen, von andersgestalteten Verhältnissen und komischen Käuzen zum besten gab. Dabei konnte man vorsichtig am Rande des trüben, aufgerührten, schlammigen Wassers bleiben. Was tat's, wenn die Gesichter der Zuhörer Enttäuschung verrieten, wenn immer wieder auf das Grausige und Nichterzählbare lüstern gezielt wurde?

— — — — — — — — — — —

Andreas war in Gedanken dem „Grünen Baume" ausgewichen. Sein Weg führte zum Mühlwehr hinunter. Das Wasser floß trotz der Kälte noch zwischen den Schützen in den alten Strudeln und Springquellen wie ehedem. Nur an den Ufern setzten sich bereits dünne Eisdecken zusammen. Die alten Weiden standen wie vergessene Posten am Bachufer entlang. Er ging bis zum Tannicht, drehte dann aber verbittert um. Das Wühlen in den Erinnerungen führte zu nichts. Man bohrte sich in eine geträumte, unwirkliche Welt hinein. Was half es, sich zu sagen und zu fragen: „Hier gingen wir an jenem Sommerabend entlang. Dort hat sie mit ihren heißen Sehnsüchten in meinem Arme gelegen. Warum war ich so töricht, Geschenktes abzuweisen? Wie konnte ich glauben, nach vier Jahren des Wartens und Schweigens die Geliebte wiederzufinden?"

Unter diese Hoffnungen galt es nun einen Strich zu ziehen. Das bedrückte und quälte und ließ die Gegenwart leer und trübe erscheinen. Aber auch in dem erzwungenen Verzichten lag Großes und Schönes verborgen. Das heimlich gehütete Hoffen hatte in den zurückliegenden schweren, dumpfen und leiderfüllten Jahren Stunden des inneren Schwunges und des zweckvollen Lebenswillens geweckt. Der um sich fassende Strudel des gedankenlosen Genießens aus unreiner Quelle, dem so viele verfallen waren, hatte ihm, dem gläubig Hoffenden, nicht gefährlich werden können.

Die harte Gegenwart verlangte den ganzen Menschen. Sie duldete und ertrug nicht, daß man leeren Phantomen nachjagte.

Andreas erinnerte sich an eine Nacht im Graben. Das Regiment lag in der gut ausgebauten Siegfriedstellung. Der Graben durchzog einen dichten Wald, der sich im rauhen Herbstwetter langsam lichtete. Der Gegner lag dreihundert Meter ab. Eines Nachts ging er allein, von einer inneren Unruhe geweckt und getrieben, durch den gewundenen, feuchten Graben, der kaum gangbar gewesen wäre, wenn nicht Stege und Roste aus Knüppelholz die Grabensohle bedeckt hätten. Es war dunkel, dazu nebelig feucht. Man konnte nur durch vorsichtiges Abfühlen mit den Beinen auf den glatten, laubbedeckten Rosten vorwärtskommen. Außerdem hieß es, die Ohren spitzen. Der neue, junge, grabenungewohnte Ersatz schoß beim geringsten Geräusch ohne Anruf selbst in den eigenen Graben hinein. Man mußte den Schritt des Postens früher hören und ihn vorher anrufen. Andreas erinnerte sich deutlich dieser Minuten. Alle Sinne waren gespannt und geschärft. Nein! Ueberbeanspruht. Da...! Roch das nicht nach Phosphor?... Er stand und zog vorsichtig die Luft ein. Natürlich! Im Graben sammelte sich Gas! Der Franzmann vergaste den Abschnitt! Gasmaske um!... Andreas griff nach der Seite, an der stets die Büchse mit der Maske herunterhing. Sie fehlte. In der inneren Unruhe, die ihn aufgeschreckt hatte, mußte er auch die Gasmaske vergessen haben. „Einmal wird man doch gefaßt und wenn es durch eigene Dummheit ist!" dachte er bei sich, und der Schweiß trat ihm auf die Stirn. Es gab nur noch einen Dienst: Die Kameraden vor dem gleichen Schicksal zu bewahren.

„Gas!" schrie er durch den Graben und das Dunkel, „Gas! Gas!"

Dann hielt er das Taschentuch vor Mund und Nase, rannte, stolperte, fiel, raffte sich atemlos auf, keuchte, stürzte wieder, rannte sich blutig an einer Wurzel. Am Grabenrande roch es bereits stärker. Er sprang aus dem Graben heraus und lief in langen Sätzen auf der Rückendeckung entlang. Die Lungen pfiffen, das Herz schlug zum Bersten; der Franzmann ließ, aufgeschreckt von dem Lärmen, das Maschinengewehr tacken. Wie weit konnte er denn gegangen sein in dem tastenden Schritte? Zwanzig, fünfzig, hundert Meter? Durch eigene Dummheit enden? Schon schlug der Posten auf die aufgehängte kleine Schiene: Gasalarm! Jetzt blinkte vor ihm im Graben eine Taschenlaterne kurz auf. Schorsch, der Unterstandskamerad, selbst eine Gasmaske vor dem Gesicht, brachte ihm die vergessene Maske entgegen. Mit einem langen Satze sprang er bis vor den Unterstand und riß Schorsch die Maske aus der Hand. Seine Atemlosigkeit brachte ihm fast den Erstickungstod. Er schnaufte, lehnte sich erschöpft gegen die Grabenwand und wartete, bis sich Herz und Lungen beruhigten. Dann kam der Unteroffizier Majella den Graben entlang.

„Wer hat denn den Unsinn fabriziert?" fragte der ärgerlich und hatte das Gesicht frei. Andreas riß sich auch die Maske herunter und schnüffelte: „Riechst du nichts?"

„Das ist das faulende Holz!" entgegnete Majella, „das ist mir schon beim Beziehen der Stellung aufgefallen. Ein Maurer, noch dazu ein ostpreußischer, hat eine feine Nase dafür. Das feuchte Herbstwetter begünstigt das Faulen und erzeugt den phosphorartigen Modergeruch. Die Roste sind e Knüppelholz. Weide und Pappel, und tragen noch Rinde. Schnuppere einmal bei Tage, wenn du nicht aufgeregt bist und wenn dich keine Einbildung irreführt. Du bist einem Phantom nachgejagt. Das sollte ein verständiger Mensch nicht machen!"

Andreas erlebte im Erinnern die bangen Minuten wieder. War es jetzt nicht wie damals? Seine angestrengte Sehnsucht und das heimlich getragene Wünschen: Leiteten sie ihn nicht in die Irre? Für Lisa wog das Erlebnis der Abschiedsstunde nichts, war sicher längst vergessen. Wahrscheinlich hatte sich auch längst schon ein Trost für sie gefunden. Sein Fehler war es, die Dinge schwerer zu nehmen, als sie im hellen Lichte des Tages lagen. Ein Menschenleben konnte nicht so eng und arm sein, daß man nicht über die erste Enttäuschung hinwegkam. Ein Sprung über den eigenen Schatten reichte hin und das freie Leben lag wieder vor ihm. Mochte die Enttäuschung Lisa oder Gertrud heißen...

— — — — — — — — — — —

Er saß in seiner Kammer bei einer Kerze und blätterte in seinen Tagebüchern. Namen, die dem Gedächtnis entglitten waren, wurden wieder lebendig: Fritz Bruhns und Otto Lewinger, die ersten Kameraden, die dem Herzen nahestanden — irgendwo eingebettet in fremder, ferner Erde; Fred Horlebeck, der sangeslustige, lebensfrohe Bonner Student, dem am Chemin eine Granate den halben Schädel wegriß; Leutnant Hegemann, der beste und tapferste aller Führer; der kleine Breslauer Jude Georg Bogen, der, dreimal verwundet und immer wieder in der Kompagnie, jede gefährliche Patrouille mit ihm gegangen war, bis... Die Reihe wurde beim Umblättern immer länger. Im Graben verlor man in schlimmen Zeiten fast an jedem Tage einen lieben Freund, ohne die Fernerstehenden. Und im Lazarett war es noch viel schlimmer gewesen. Dort hockte der allgewaltige, einzige Sieger des Weltkrieges, der Tod, nicht in irgendeiner versteckten Ecke, nein, er saß wie ein Tyrann auf erhöhtem Throne mitten im Lazarettsaale und sah den unendlichen Zug der Opfer die dunkle Straße ohne Umkehr entlangziehen. Erbarmen? Sterben war Erbarmen!

Andreas fiel das Wort eines tüchtigen Chirurgen, dessen Name weltbekannt war, ein. Der Unermüdliche hatte vom Morengrauen bis in die sinkende Nacht hinein operiert. In den langen Stunden war nur eine Tasse schwarzen Kaffees über seine Lippen gekommen. Statt des Mittagessens versuchte er, vor dem Lazarett auf- und abgehend, eine Zigarette zu rauchen. Aber schon nach wenigen Zügen warf er sie wieder fort, da ein Verwundeter wie ein Tier aufschrie. Als aber der unermüdliche Operateur des Stromes der Blessierten nicht mehr Herr wurde, stöhnte er auf: „Der Krieg ist die Schande der Kulturmenschheit. In meinem weiteren Leben gehört jede freie Stunde dem Pazifismus!"

Andreas legte die Bücher fort. Sein Blick ging starr in das Nachtdunkel hinter dem Kammerfenster. Die Gedanken kamen wieder, die ihn abhielten, vorhin in den „Grünen Baum" einzukehren. Konnte man von den erlebten Dingen sprechen? Die Menschen zeichnen, die mit dem Tode bezahlt hatten, was nicht ihre Zeche war, zu deren Begleichung sie die Verantwortlichen nur mit Befehlen geladen hatten? Wem war ein Fred Horlebeck etwas? Ein leerer Name, Schall und Rauch, einer von den Millionen. Wem konnte man begreiflich machen, was er einem überlebenden Kameraden bedeutete?

Saß nicht im „Grünen Baume" der kleinen Stadt Tremplin um den deutschesten aller Tische der Welt, dem bierbefleckten Stammtische, der bekannte deutsche Schwarm der Vielrederei, der Laienstrategie, der Besserwisserei, der Gedankenlosigkeit und der Welteroberung? Würden die schweigen können? Daran war nie zu denken. Hinter dem Schatten der Jahre 1914 bis 1918 stieg sicher schon morgen oder übermorgen die Fratze neuen Sterbens empor, diesmal mit dem Worte „Vergeltung!" auf der Stirne. An tausend Stammtischen! An Zehntausenden von gutgedeckten Frühstückstischen!

Mochten die andern reden. Mochte auch Jahre hindurch die Generation, die das große Opfern und Sterben gesehen, stumm, ausgelöscht und allzu bescheiden erscheinen und Grauköpfe, Heimathelden, Eroberungsstrategen, Geschäftstüchtige und die nächste und übernächste Generation das gewaltige Wort sprechen. Einmal mußte der unterirdisch brausende, sich langsam klärende, starke Quell aus der Tiefe zum Lichte springen. Allen zum Trotze. Dann würden Masken und Schleier fallen, Götzen zerbrechen, geheiligte Größen vom Sockel stürzen... Dann würde ein neues Verkriechen beginnen. Aber dann war endlich das freie Aufatmen möglich nach dem Gashauch der Rückständigkeit und Tatenlosigkeit.

— — — — — — — — — — — — —

Andreas schloß die Blätter in den Kasten. Ein kleines Heftlein verbarg er in der inneren Rocktasche.

„Für Jaschu Gonschoreckyl" sagte er leise vor sich hin, „der kann es heute schon verstehen und vertragen!"

(Fortsetzung folgt.)

Das Märchen vom Reichtum und der Not.

Es war einmal Bruder und Schwester:
Der Reichtum und die Not;
Er schwelgte in tausend Genüssen,
Sie hatte kaum trocken Brot.

Die Schwester diente beim Bruder
Viel hundert Jahre lang;
Ihn rührte es nicht, wenn sie weinte
Noch wenn sie ihr Leiden besang.

Er fluchte und trat sie mit Füßen,
Er schlug ihr ins sanfte Gesicht;
Sie fiel auf die Erde und flehte:
Hilfst du, o Gott, mir nicht?

Wie wird das Lied wohl enden?
Das ist ein traurig Lied!
Ich will's nicht weiter hören,
Wenn nichts für die Schwester geschieht!

Das ist das Ende vom Liede,
Vom Reichtum und der Not:
An einem schönen Morgen
Schlug sie ihren Bruder tot!

Adolf Glaßbrenner.

ZIT.

Im Zentralinstitut der Technik, ZIT. genannt, versucht man bei kleinstem Kraftaufwand die größte Qualitätsleistung zu erzeugen. Um dieses Resultat zu erreichen, hält man die Mechanisierung jeder einzelnen menschlichen Bewegung für erforderlich. An etwa hundert grauen uniform gebauten Tischen arbeiten hundert uniform gekleidete Frauen und Männer. Das graue Gewand soll Frauen und Männer als Geschlechtsangehörige neutralisieren. Man sieht keine Aufseher. An Stelle des Aufsehers steht auf dem Tisch eine Maschine, die bestimmte Summ- und Knarrlaute gibt, Wortbefehle ersetzend. In vier geschlossenen Reihen marschieren die Arbeiter in militärischer Ordnung auf, jeder bleibt vor einem Tisch stehen. Das erste Knarrzeichen der Maschine ertönt. Jeder Arbeiter tritt an seinen Tisch. Ein zweites Knarrzeichen. Jeder Arbeiter ergreift sein Instrument. Das dritte Knarrzeichen. Jeder Arbeiter beginnt zu arbeiten. Im Anfang der folgende Rhythmus: eine Minute Arbeit, zwei Minuten Pause. Später: Zwei Minuten Arbeit, zwei Minuten Pause. Auf der letzten Stufe: fünfzehn Minuten Arbeit, drei Minuten Pause.

Die Haltung des Arbeiters vor seinem Tisch ist genau festgelegt, die Fußstellung auf einem kleinem Arbeitspodium eingezeichnet. Alle Arbeitsinstrumente liegen rechts vom Arbeiter auf der Tischplatte. Die Gruppe, die ich hantieren sehe, arbeitet „natürell". Das heißt: die einzelne Bewegung ist nicht mehr vom Apparat kommandiert. Jeder hat die Aufgabe, zwei Flächen eines kleinen Stahlquaders so zu feilen, daß die Fläche stets einen rechten Winkel bildet. Auf einer Tabelle wird Tag für Tag geprüft, ob Genauigkeit und Geschwindigkeit der Arbeit zunehmen oder abnehmen, in welchem Verhältnis Genauigkeit zur Geschwindigkeit steht.

Bevor der Arbeiter zu „natureller" Arbeit zugelassen wird, muß er zwei Monate hindurch zwanzig vorbereitende Bewegungen an dafür bestimmten Apparaten üben.

Zum Beispiel: am Apparat lehrt die richtige Stellung beim Hämmern. Der Arm des Arbeiters ist angeriemt an einen sich mechanisch bewegenden Hammer, der die Hand packt. Eine Stunde lang muß der Arm die Bewegung des Hammers mitmachen, bis sein mechanischer Rhythmus auf ihn sich überträgt. Ebenso wird die mechanische Bewegung beim Feilen geübt. Es gehört lange Vorbereitung zu der Uebung, mit der Hammer am besten auf einen Meißel trifft. Am Meißel befindet sich ein Stiel, der etwa 25 Zentimeter lang ist, die Hand umschließt ihn. Der Stiel wird kürzer und kürzer, bis er vollends fehlt. Mühlich ergibt sich eine vollkommen sichere Treffbewegung auf den Meißelkopf.

In begeisterten Worten schildert mir Gastew, der Leiter des Instituts, die bisher erzielten Resultate. Man hat durch diese Mechanisierung, die in einer Zeitspanne möglichst Zahl der Arbeitsbewegungen verdreißigfacht. Mir wird beklommen zumute. Das soll das Ziel sein: Mechanisierung des Menschen, Ertötung all dessen, was als Schöpferisches in ihm lebt? Ich spreche über meine Befürchtungen. Gastew lächelt. „Wir hoffen durch unsere Forschungen zu erreichen, daß ein Arbeiter, der früher für einen bestimmten Zweck acht Stunden brauchte, in Zukunft nur noch zwei bis drei Stunden brauchen wird."

So heftig sich anfangs alles in mir gegen dieses Institut sträubte, mußte ich doch die außerordentlichen Möglichkeiten der Methode einsehen lernen. In unserer differenzierten Gesellschaft, in der Rationalisierungsformen notwendig sind, in der das Prinzip der Arbeit am laufenden Band in allen großen Fabriken eingeführt ist, wäre es sinnlos, wollten wir zur handwerklichen Kleinarbeit zurück. Das Problem liegt wirklich so, daß die Summe der notwendigen mechanischen Arbeit auf ein Minimum zurückgedrängt werden muß, um den Menschen die Möglichkeit zu schöpferischer Entfaltung in den anderen Stunden zu geben. Es kommt nur darauf an, für wen der Arbeiter Arbeit leistet, ob für sich, seine Klasse, für die Gesellschaft oder für eine Minderheit von Ausbeutern. Und schließlich, seien wir ohne Furcht, der Mensch ist von Natur keine Maschine. Gegen vollkommene Mechanisierung wird sich in ihm sein elementarer Spieltrieb aufbäumen. Er wird von den Resultaten dieses Instituts nur die verwenden, die er „verdauen" kann, ohne Schaden zu nehmen an seiner Gesundheit. Und gar der Russe, dessen Zeitgefühl, zum Glück sage ich, so völlig anders geartet ist als das des Amerikaners. Kein Sprichwort wirkt in Rußland fremder als „Zeit ist Geld".

Ernst Toller.

Wichtige Aufwertungstermine.

Das Reichskabinett hat dem Reichsrat nunmehr einen Verordnungsentwurf vorgelegt, durch den der Zinssatz für die Aufwertungshypotheken ab 1. Januar 1932 auf 7½ Proz. festgesetzt wird. Die Ermächtigung hierzu wurde ihm durch das Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken vom 18. Juli 1930 gegeben, durch das eine Reihe von wichtigen Aufwertungsterminen festgesetzt wird. Ein zusammenfassender Ueberblick ist darum von Wichtigkeit, weil die Nichtbeachtung dieser Termine den Besitzern von Hypothekenrechten, den Vormündern, Nachlaßpflegern, Testamentsvollstreckern und Erben großen Schaden bringen kann. Die Aufwertungstermine sind folgende:

3. Januar 1931. Es ist der letzte Tag, an dem der Gläubiger spätestens zum 31. Dezember 1931 die Hypotheken kündigen kann. Der Gläubiger der aufgewerteten Hypothek und der persönlichen Forderung kann nach § 2 des oben erwähnten Gesetzes die Zahlung des Aufwertungsbetrages von dem Eigentümer oder persönlichen Schuldner vor dem 1. Januar 1935 nur dann verlangen, wenn er schriftlich gekündigt hat. Die Kündigungsfrist beträgt ein Jahr. Sie muß spätestens am dritten Werktag der Frist erfolgen und ist nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig.

31. März 1931. Dies ist der letzte Tag, an dem Anträge auf Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch in Gold- oder Reichsmark an der gesetzlichen Rangstelle erfolgen können. In den Grundbüchern gibt es noch eine große Anzahl von Papiermarkrechten, deren Aufwertung noch nicht beantragt worden ist. Auf Grund des Gesetzes zur Grundbuchbereinigung verfallen diese Forderungen der Löschung. Hypothekenbriefe auf Papiermark werden kraftlos. Die Eintragung des Aufwertungsbetrages im Grundbuch usw. ist kostenlos.

31. März 1931. Bis zu diesem Tage haben die Gläubiger von gelöschten oder abgetretenen Rechten den gleichen Antrag zu stellen, widrigenfalls sie des Rechtes auf Wiedereintragung der Hypothek oder Grundschuld verlustig gehen.

2. April 1931. Dritter Werktag der Frist zur Kündigung der Hypothek zum Ablauf des ersten Kalendervierteljahres 1932.

31. Dezember 1931. Der erste Kündigungstermin. Die Kündigung muß bis zum 2. Januar 1931 erfolgt sein, um am 31. Dezember 1931 in Kraft zu treten.

31. Dezember 1931. Die Hypothekenbriefe, die nicht auf Reichsmark lauten, sondern auf eine nicht mehr geltende Währung ausgestellt sind, werden an diesem Tage kraftlos.

1. Januar 1932. Der Termin, an dem nach dem Verordnungsentwurf des Reichskabinetts die Verzinsung für Aufwertungshypotheken auf 7½ Proz. festgelegt ist.

31. Dezember 1934. Nach Kündigung einer Hypothek durch den Gläubiger kann der Schuldner innerhalb 3 Monaten den Antrag auf Zahlungsfrist bei der Aufwertungsstelle oder beim Gerichtsschreiber schriftlich stellen. Die Zahlungsfrist kann bis zum 31. Dezember 1934 bewilligt werden.

1. Januar 1935. An diesem Tage hören sämtliche Schutzbestimmungen auf, die zum Schutze der Schuldner von Hypotheken durch gesetzliche Maßnahmen getroffen worden sind.

Alle in Betracht kommenden privaten oder beamteten Persönlichkeiten werden gut daran tun, diese Aufwertungsfristen zu beachten und ihre Papiere daraufhin zu prüfen." Nachlaßpfleger, Vormünder usw. können schadenersatzpflichtig gemacht werden, wenn sie die rechtzeitige Wahrnehmung der Termine versäumen, da z. B. Hypotheken, bei denen die Anträge auf Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch in Gold- oder Reichsmark an der gesetzlichen Rangstelle nicht bis zum 31. März 1931 gestellt sind, von Amts wegen gelöscht werden.

Berliner Gespräche.

Ueber die Brücke gehen zwei Arbeiter und unterhalten sich.
„Zuerst hatte ich ja von Oljan det Herz voll."
„Und dann?" fragte sein Begleiter.
„Dann de Reese."

•

Zwei Freunde treffen sich.
„Menschenskind, wie siehst du denn aus. Warst du krank?"
„Seit drei Wochen gehe ich heute das erstemal aus."
„Was hat dir denn gefehlt?"
„Acht Mille in der Kasse."

(Ulk.)

Verlag: Hermann Grünzel; verantwortlich für den Inhalt: Edwin Neuninger; beide Charlottenburg, Brahestraße 2—5. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.